

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.



# work

**Xundheit!** Darum ist das Sandoz-Kaufen eine gute Idee. Seiten 4-5



# Neuer Streik ...

**... alter Kampf** Frauen\*kongress beschliesst neuen **feministischen Streik für 2023**, und Historikerin Dore Heim erzählt die unglaubliche Geschichte der Frauen im Gewerkschaftsbund. **5 Sonderseiten 10-14**



## Smood-Streik immer grösser

Die Kurierinnen und Kuriere lassen sich nicht mehr länger einschüchtern. Seite 3

## Ausgeschaut mit 60 Jahren

Betreuerin Maria und ihre empörende Geschichte. Seite 15

## Radikale Chefs

Baumeister liebäugeln mit vertragslosem Zustand. Seite 7

## Die IV ist Ihr gutes Recht

Die IV-Rente ist kein Almosen, sondern ein Anrecht Arbeitsunfähiger. Der work-Ratgeber. Seiten 18-19



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## LASST SIE NICHT DURCHTRYCHELN!

Jetzt kämpfen wir also schon gegen die fünfte Coronawelle. Die Infektionen steigen ungemächlich an. Seit dem 15. November gilt in Österreich ein Lockdown für Ungeimpfte. Doch die Schweiz bleibt lari-fahrig (Stand 17. November).

Und da steh ich also an einer Haltestelle, als ein Mann kommt mit einem Zylinder. Ich denke noch: Ob das ein Aluhut ist? So ein Verschwörungstheoretiker? Und lese auf seinem Hut: «Kein Sex mit Geimpften», Ausrufezeichen! O.K., schiesst es mir durch den Kopf, Eigen- und Fremdwahrnehmung gehen bei allen auseinander. ABER: Ob geimpft

**Sonst: guet Nacht!**

oder ungeimpft, wer möchte schon Sex mit so einem Schrat? Sein sechster Sinn muss es ihm geflüstert haben, oder er sah den Spott in meinen Augen, jedenfalls bleibt er

schockartig stehen. Breitbeinig brüllt er los: «You fucking..., fucking mask, fuckingfuckingfucking, youuuuu!» Oh, an Englishman in Bern, enchanté! Und mir entfährt, was Ladies in solchen Situationen immer entfährt, ich sage: «Fuck yourself!» Da erzittert der Zylinder, und da schiesst es jetzt krachend aus vollen Rohren, das englisch. Nur dann und wann unterbrochen vom Singsang seiner Begleiterin: «Maskenhöseler», heult sie schweizerdeutsch los, «Maskenhöseler! Maskenhöseler! Maskenhöseler!» Und tanzt um mich herum.

**MASKENHÖSELER?** Wie jetzt? Corona ist also so was wie eine Mutprobe? Der man, wenn mann «Eier hat», erhobenen Hauptes und maskenlos entgegentritt? Todesmut, Ehrensache? Ein russisches Viren-Roulette? Und ich bin eine Memme? Eine Städterin halt, degeneriert halt – und schon vor Generationen tief von der Hellebarde gefallen? A propos Hellebarde: Denselben Rütli-Bodensatz atmen ja auch die Freiheitstrychler. Sie fürchten Gesundheitsminister Alain Berset mehr als ihren Tod. Wobei, es ist ja schon ein wenig schräg, wenn sich so Freiheitskämpfer selber unterjochen. «Aufjochen!» heisst ihr Schlachtruf, die Bimmeln zu montieren.

Aber O.K.: Volksbräuche haben oft wenig mit der Logik der Aufklärung am Hut. Das wissen wir von den Wetterschmökern. Die sitzen mit bluttem Füdli im Ameisenhaufen und sagen uns dann: «Im Sommer wird's Katzen hageln.» Nur, die Trychler machen noch seltsamere Sachen: Sie vergraben Container unter der Erde mit Tonnen von Lebensmitteln und Diesel. Für wenn der grosse Kollaps kommt, das Bundeshaus zusammenbricht. Diese «Prepper»! Diese Katastrophen-Phobiker. Und nicht nur das: Die Freiheitstrychler fackeln auch hölzerne Covid-Spritzen ab, nachts auf lodernden Scheiterhaufen, und murmeln Beschwörungsverse im Takt: «Eher tot als in Knechtschaft leben...» Ku-Klux-Klan-Zeugs, halt. Oder besser: Kuh-Klux-Klan.

**KUH-KLUX-KLAN?** OK., Wahnsinnige gibt es immer und überall. Und Corona hat vielen von ihnen neues Leben eingehaucht. ABER: Die Trychler gibt es schon lange. Sie haben bereits 1992 gegen den EWR getrychlet. Für den grossen Führer Blocher. Man ist mit der SVP, allen voran Obertrychler Benz («Der Kampf entscheidet sich im Kopf!»). Und die SVP mit ihnen, allen voran der Zürcher Schellenursli Köppel («Die Trychler sind die letzte Verteidigungslinie der Schweiz!»). Und O.K., das ist politisch nicht wirklich erstaunlich. Aber – und jetzt kommt's: Wir Maskenhöseler und Maskenhöselerinnen dürfen diese Hellebardenschwinger am 28. November an der Urne nicht durchmarschieren lassen. Sonst: guet Nacht! Zu viel steht beim Covid-Gesetz auf dem Spiel. Auch viel Corona-Finanzhilfe für Arbeitnehmende, Beizen, Clubs, Kultur und Kitas (siehe Artikel rechts oben). Lassen Sie sie also nicht durchtrycheln, liebe Leserinnen und Leser: stimmen Sie Ja!

## Covid-Abstimmung lähmt Pandemie-Bekämpfung

# Berliner statt Booster

**Die letzten Umfragen deuten auf ein klares Ja zum Covid-Gesetz hin. Trotzdem lähmt der Abstimmungstermin die Bekämpfung der Corona-Pandemie.**

CLEMENS STUDER

5981 neue Coronafälle, 93 neue Spitalerweisungen, 10 Tote. Das sind die Coronazahlen vom Mittwoch, 17. November 2021 (Redaktionsschluss dieser Ausgabe). Die mittlerweile fünfte Coronawelle überrollt das Land. Während unsere Nachbarländer auf ähnliche Entwicklungen mit verschärften Schutzmassnahmen reagieren, wartet die Schweiz einmal mehr ab. Während weltweit viele Länder die Auffrischungsimpfung zum Teil

**Die Corona-Hilfsgelder sind enorm wichtig für die Schweiz...**

schon längst für alle, die wollen, freigegeben haben und nachdrücklich empfehlen, hält die Schweiz «Booster»-Willige immer noch vom Impfen ab. Dafür wird mit Engelsgeduld und vielen Millionen Franken, Raclette, Berlinern und Gratiskonzerten jenen gehöhelt, die sich trotz der Impfung verweigern. Das heisst im Effekt: Wer (auffrisch)impfen will, darf nicht. Wer trötzelt, bekommt die ganze Aufmerksamkeit des angeblich «diktatorischen» Staates. Seit Wochen geht es in der Schweiz in Sachen Seuchenbekämpfung zu wie in einer schlecht geführten Kita (Stand ebenfalls 17. November).

**ES GEHT UM VIEL GELD**

Der Grund für das ganze Theater dürfte die Abstimmung vom 28. November über das Covid-Gesetz sein. Dort stehen die Umfragen derzeit zwar für die Befürwortenden gut (61 Prozent Ja), doch ist unklar, wie die Mobilisierung verläuft. Auf dem Sofa Ja sagen reicht nicht. Der Zettel muss auch in die Urne. Denn am 28. November steht nicht einfach das so hochgespielte Zertifikat zum Entscheid, das sich bewährt, sondern vor allem viel Geld für Arbeitnehmende, Beizen, Clubs, Kultur und Kitas. Die sind enorm wichtig für die grosse Mehrheit in diesem Land.



**IMPF-GOODIES:** Mit Gratis-Berlinern, -Raclette oder -Konzerten versuchte der Bund, Impfrötzel zum Piks zu bewegen. FOTOS: ADOBE STOCK / MONTAGE: WORK

Zum Beispiel:

- Verbesserte Wirtschaftshilfen für Arbeitnehmende und Unternehmen, die wegen der Pandemie vorübergehend schliessen mussten oder hohe Umsatzeinbussen erlitten. Damit werden Löhne gesichert, Konkurse und Entlassungen verhindert.
- Zusätzliche Taggelder für Stellenlose.
- Ausweitung der Härtefallhilfen und des Erwerbserwerbsersatzes für Selbständig-erwerbende.
- Zusätzliche Entschädigungen und Finanzhilfen für die Eventbranche und Kitas.

- Finanzhilfen für freischaffende Künstlerinnen und Künstler.

Alle diese Massnahmen haben die Gewerkschaften und die fortschrittlichen Parteien hartnäckig erkämpft.

**... damit werden Löhne gesichert, Konkurse und Entlassungen verhindert.**

Bei einem Nein fallen sie weg. Denn die rechte Parlamentsmehrheit wird sie nicht ein zweites Mal zähneknirschend akzeptieren.

## Brutale Grenzschutz-Truppe der EU: Keine neuen Schweizer Millionen für Frontex!

Die EU ist eine Festung, die Asylsuchende abweist um jeden Preis. Die Festungswächter der EU heissen Frontex. Die «Grenzschutzagentur» wurde 2005 gegründet. Seither ist ihr Budget von 6 Millionen Euro um 7000 Prozent gestiegen. Bis 2027 soll die Frontex zu einem stehenden Heer mit zehntausend Grenzwächterinnen und -wächtern ausgebaut werden. Bereits heute ist die Truppe dauernd in Skandale verwickelt: illegale Rückschiebaktionen, Nichtreagieren auf Hilferufe von Ertrinkenden, aktives Ertrinkenlassen. Hauptsache: keine Aufnahme von Geflüchteten. Aktuell zu sehen an der polnischen Grenze zu Weissrussland. Tausende harren dort in bitterer Kälte in erbärmlichen sanitärischen Bedingungen aus. Sie sind geflo-



**EU-GRENZSCHUTZ:** Soldaten bewachen die polnische Grenze.

**Auftrag: abriegeln!** FOTO: KEYSTONE

hen aus Ländern, die wegen der US- und EU-Invasionen und Einmischungen im Nahen und Mittleren Osten zerstört sind. Einige Hundert haben es geschafft, die militärisch gesicherte Grenze zwischen dem EU-Staat Polen und Belarus zu

überqueren. Die Frontex will die jetzt in Polen Festsitzenden gewaltsam zurückschieben. Völkerrechtswidrig ohne Prüfung ihrer Asylgesuche

**REFERENDUM.** Die Schweiz profitiert als Schengen-Mitglied

von den unmenschlichen Frontex-Einsätzen. Denn als Land, das keine Schengen-Aussengrenzen hat, wird sie von der Frontex «mitgeschützt» vor Ge-

**Referendum jetzt unterschreiben!**

[www.frontex-referendum.ch](http://www.frontex-referendum.ch)

flüchteten. Das will sie sich – für einmal nicht knausrig mit Geld für die EU – auch etwas kosten lassen. Konkret: bis 2027 sollen jährlich 61 Millionen Franken an die EU für Frontex überwiesen werden – rund 5 Prozent von deren Budget will die Schweiz also übernehmen.

Dagegen haben fortschrittliche Parteien und Organisationen das Referendum ergriffen. (cs)



RIEN NE VA PLUS!  
Streikende Smood-Kuriere in  
Lausanne. FOTO: KEYSTONE

Lieferdienst Smood: Streikwelle aus der Romandie rollt heran

# Tag für Tag ein neuer Streik!

«Hör zu, Smood!»  
Jetzt Petition  
unterzeichnen!  
rebrand.ly/smood

**Westschweizer Kurierinnen und Kuriere geben Gas – für würdige Arbeitsbedingungen beim Food-Lieferservice Smood. Bereits haben sie Erfolg, doch ein Multimillionär will sie spalten.**

JONAS KOMPOSCH

Manchmal hat der Röstigraben die Wirkung einer Schallschutzmauer. Was in der Westschweiz längst Tagesgespräch ist, findet östlich von Biel noch nicht einmal in den Medien Widerhall. Bis Redaktionsschluss am 17. November war das auch im Smood-Streik der Fall, einer der dynamischsten Schweizer Streikbewegungen der letzten Jahre. Ihren Startschuss hatte sie bereits am 2. November in Yverdon VD. Und zwar genau um 18 Uhr. Denn mit dem Feierabend beginnt für die Smood-Kurierinnen und -Kuriere stets der grosse Stress. Mit fahrbaren Untersätzen aller Art hetzen sie von Restaurant zu Eigenheim, von Imbissbude zu Wohnung und liefern den

kochmüden Hungrigen ihr warmes Znacht. Doch seit 18 Tagen rühren die Yverdoner keinen Finger mehr für das Genfer «Food-Tech»-Unternehmen. Und sie sind längst nicht mehr allein.

Unterstützt von der Unia, schlossen sich schon am 4. November die Fahrerinnen und Fahrer des Standorts Neuenburg an, dann nacheinander jene von Nyon VD, Sitten, Martigny VS, Lausanne, La Chaux-de-Fonds NE, Freiburg, Montreux VD, Vevey VD und Genf. Unterdessen seien über 100 von landesweit rund 400 aktiven Kurierleuten Teil der Be-

**Dem Streik in Yverdon schlossen sich auch die Kuriere von Neuenburg, Nyon, Sitten, Martigny an ...**

wegung, sagt Roman Künzler, Unia-Branchenleiter Logistik. Und er hält es durchaus für möglich, dass die Streikwelle bald auch die Deutschschweiz erreicht. Denn: «Die Missstände sind extrem und überall dieselben.»

**TYRANNISCHE APP**

Der Zürcher Fahrer Anchieta Bispo (36) schlug schon im September Alarm. Sein Lohn komme seit über zwei Jahren immer zu spät, sagte er zu «20 Minuten». Auch würden ihm nicht alle Arbeitsstunden bezahlt: «Jeden Monat fehlen mir zwischen 10 und 15 Stunden.» Reklamiert habe er mehrfach, verbessert habe sich nichts. So ergehe es vielen bei Smood. Gleich sind die Rückmeldungen jener Streikenden, die bei «Simple Pay» angestellt sind, einer von Smood gegründeten Temporärbude. Zahlreich sind zudem Berichte von hohen Lohnabzügen bei Lieferverzögerungen, von falsch berechneten Fahrzeiten und nicht bezahlten Überstunden und Wochenendzuschlägen. Auch Transparenz schaffe die Firma nicht. Dazu ein Streikender aus Lausanne: «Wir wissen weder, wie viel wir mit unseren Lieferungen verdienen, noch, wie viel Trinkgeld uns ein Kunde gibt – und ob überhaupt.» Schuld sei die Tyrannei der Smood-App, über die der gesamte Arbeitsprozess einseitig überwacht werde. Eine App-Anpassung war es auch, die das Fass zum Überlaufen brachte. Ein Fahrer aus Yverdon erklärt: «Seit kurzem müssen wir uns jeden Morgen um 4 Uhr einlog-

gen und die verfügbaren Schichten checken.» Wer zu spät komme, habe das Nachsehen. Aber auch die gebuchten Schichten könnten ohne Vorwarnung und Grund gestrichen werden. Mit verheerenden Folgen: «Seitdem es diese Plattform gibt, komme ich nicht mehr auf genügend Stunden. Nach Abzug der Fahrspesen, die nur teils entschädigt werden, beträgt mein Stundenlohn noch 10 Franken.» Auf dem Papier zahlt Smood 19 Franken plus 2 Franken Spesen pro Stunde.

Die Streikenden aber fordern jetzt einen fixen Bruttolohn von 25 Franken, die korrekte Entschädigung für genutzte Privatfahrzeuge und Handys, ein transparentes Trinkgeldsystem und das Ende der Bestrafungen. Und sie verlangen, dass ihnen die Arbeitsplanung zwei Wochen im voraus mitgeteilt wird. So, wie es das Gesetz vorschreibt. Doch Smood-CEO Marc Aeschlimann (37) macht bislang auf stur.

**SPALTUNGSMANÖVER**

Er, der laut Wirtschaftsmagazin «Bilanz» über ein Vermögen von bis zu 200 Millionen Franken verfügt, hat sich noch nicht einmal zu Wort gemeldet. Auch den Dialog mit den Streikenden und der Unia verweigert er. Stattdessen versucht seine PR-Abteilung, die Mitarbeitenden mit Zuckerchen zu besänftigen:

**... und jene von Lausanne, La Chaux-de-Fonds, Freiburg, Montreux, Vevey und Genf.**

Letzte Woche erhielten alle einen Einkaufsgutschein im Wert von 100 Franken. Aber auch eine schriftliche Aufforderung, sich bei der Gewerkschaft Syndicom zu melden, einem «kompetenten Sozialpartner», mit dem man in Kürze einen Gesamtarbeitsvertrag abschliesse. Für Unia-Mann Künzler ist das ein durchsichtiges Manöver: «Smood versucht, die Belegschaft zu spalten und die Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen», sagt er zu work. Das werde aber nicht gelingen. «Wir sind mit Syndicom in Kontakt und arbeiten an einem gemeinsamen Vorgehen.» Der Streik jedenfalls zeigt bereits Wirkung: Am Montag teilte Smood mit, eine Erhöhung der Löhne auf 23 Franken sowie der Fahrzeugspesen auf das Niveau der TCS-Richtlinien sei «akzeptabel».

## Kinder erobern die Unia

**BERN.** Mit Tempo durch die Gänge, mit Megaphon und Transparent: 15 kleine Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter besuchten am 11. November die Unia-Zentrale



KINDER-DEMO: Zukunftstag bei der Unia. FOTO: ZVG

in Bern. Im Rahmen des Zukunftstages lernten die Kinder, was eine Gewerkschaft ist und wie man für seine Rechte einsteht. Das haben sie rasch verstanden: Mit selbstgestalteten Schildern organisierten sie ihre erste Demonstration durchs Gebäude. Die Forderungen reichten von «Ich will Gleichberechtigung» bis zu «Mehr Sackgeld».

## Migros: Höhere Mindestlöhne

**BERN.** Die Mindestlöhne bei der Migros steigen. Neu soll der tiefste Lohn 4100 Franken betragen. Das wurde Anfang November bekannt. Generelle Lohnerhöhungen verweigert die Detailhandelskette aber weiterhin. Unia-Frau Anne Rubin sagt: «Was die Migros macht, ist ein Affront für alle ihre Mitarbeitenden. Sie alle hätten eine Lohnerhöhung mehr als verdient.» Stattdessen beharrt der Konzern darauf, Gehaltsanstiege individuell zu gewähren – oder zu verweigern. An Mitteln für generelle Erhöhungen mangelt es der Migros nicht: Der Gewinn im Jahr 2020 betrug 1,76 Milliarden Franken.

## Streik bei Kitas, Kliniken & Co.

**BERLIN.** Seit Anfang November sind Zehntausende Beschäftigte von Kitas, Kliniken und Ämtern in Deutschland in den Streik getreten. Die Angestellten waren von der Gewerkschaft Verdi zur Arbeitsniederlegung aufgerufen worden. Verdi-Vorsitzender Frank Bsirske sagt: «Das Verhalten der LändereArbeitgeber ist absolut empörend und hat mit der Lebenswirklichkeit der Beschäftigten nichts mehr zu tun.» Der Hintergrund: Lohnverhandlungen für den öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaft fordert fünf Prozent mehr Lohn. Die Bundesländer lehnen die Forderung ab, haben ihrerseits aber bislang kein Gegenangebot vorgelegt.

## Biotechfirma testet zu langsam

**EUGENDORF (A).** Das österreichische Biotechunternehmen Novogenia steht gleich doppelt in der Kritik: Zuerst zeigte sich die Firma mit der Abwicklung von Coronatests überfordert, das Unternehmen war in der Testanalyse viel zu langsam. Dann wurde bekannt, dass sie aktiv gegen die Gewerkschaft vorgeht. Wenig später erklärte die grösste österreichische Gewerkschaft GPA, die Beschäftigten seien grossem Stress und schlechten Arbeitsbedingungen ausgesetzt.

## Die Unia fordert: «Migros muss jetzt handeln!»

Nicht nur für Restaurants, auch für die Migros liefert Smood. Schweizweit 80 Filialen werden bedient. Die Genfer Migros-Genossenschaft hält sogar 35 Prozent der Smood-Aktien und ist im Verwaltungsrat mit zwei Top-Managern vertreten.

**VERANTWORTUNG.** Anne Rubin, Unia-Leiterin Detailhandel, fordert deshalb Taten: «Migros muss soziale Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass Smood mit den Streikenden, der Unia und mit Syndicom an einen Tisch sitzt.» Bisher jedoch windet sich der orange Riese: Man sei bloss «Minderheitsaktionär» und habe bereits den Gesprächsprozess zwischen Smood und Syndicom «stark gefördert», heisst es auf Anfrage. (jok)



UNIKLINIKEN KÖNNEN ES BESSER UND BILLIGER: Krebstherapie-Forscher in einem Labor (Symbolbild). FOTO: KEYSTONE

## Unispitäler können Novartis & Co. das Wasser abgraben Forschung fürs Volk

**Die Pharmaindustrie will Geld verdienen. Möglichst viel Geld. Darum forscht sie an Therapien zu Krankheiten, die möglichst viel Geld einbringen. Doch es geht auch anders.**

CLEMENS STUDER

Krebserkrankungen sind eine Geissel der Menschheit. Und sie zeigen die massive globale Ungerechtigkeit auf. Denn Krebstherapien sind ein Billionengeschäft. Deshalb steckt die Pharmabranche auch viel Geld in die Entwicklung neuer Krebstherapien – weil sie noch mehr Geld herauszuholen hofft. Und das gibt es nicht im globalen Süden zu holen, sondern in den reichen Industriestaaten. Doch auch hier wird die optimale Behandlung zunehmend zu einer Frage der Grösse des Portemonnaies der Erkrankten. Bei kaum einer anderen Erkrankung waren die medizinischen Fortschritte in den vergangenen Jahren so gross wie bei den Krebserkrankungen. Und je grösser der Erfolg der Medikamente, desto höher die Marge der Pharmakonzerne (siehe Seite 5).

### KREBS-REVOLUTION

Das neuste «heisse Ding» sind «lebende Medikamente». Das funktioniert (schwer verkürzt) so: Im Blut hat

es sogenannte T-Zellen. Sie sind das Sondereinsatzkommando des Immunsystems. Sie spüren kranke Zellen auf und eliminieren sie. Das Problem: Sie sehen Krebs schlecht. Je nach Krebsart erkennt nur eine von 1000 oder 10000 T-Zellen im Blut die Krebszellen. Hier setzen die T-Zelltherapien an. T-Zellen, die den Krebs angreifen, werden isoliert und im Labor vermehrt. Dann können den Erkrankten Milliarden «sehende Zellen» auf einmal zugeführt werden, die einen massiven Angriff auf die Tumoren starten. Nicht bloss Linderung ist das Ziel, sondern Heilung.

### KLINIKEN STATT KONZERNE

«Geheilt mit einer Spritze» – das ist ein Versprechen für Erkrankte. Und lässt die Tausendernoten in den Au-

### Am CHUV werden bald Killerzellen für Hunderte Zelltherapien gezüchtet.

gen der Pharmaindustrie blinken. Vorne dabei: die Basler Novartis. Vor vier Jahren brachte sie eine Anwendung für die Behandlung von Blutkrebs auf den Markt. Ausgerufenen Preis: 370000 Franken pro Patientin oder Patient! Und eine Art Geld-zurück-Garantie, wenn die Behandlung nicht wie gewünscht anschlägt. Wie viel Novartis tatsächlich kassiert, lässt sich nicht sagen. Denn der Konzern hat mit den Krankenkassen Geheimverträge geschlossen.

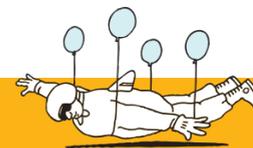
Das Verfahren hat Novartis übrigens nicht selber entwickelt. Das waren Forschende der Universität Pennsylvania (USA). Sie beziffern die Herstellungskosten auf 70000 Dollar. Novartis produziert und vermarktet und kassiert. Universitäre Forschung, die das Pharma-Aktionariat reich macht, ist heute die Regel. Doch es geht auch anders.

### UNIKLINIKEN SIND BESSER

Rund um das Waadtländer Universitätsspital CHUV in Lausanne ist das «Swiss Cancer Center Léman» entstanden. Mit 400 Labor-Arbeitsplätzen. Finanziert vom Kanton Waadt und von Stiftungen. Dort werden bald Killerzellen für Hunderte Zelltherapien gezüchtet. Das Zentrum steht allen Krebsstationen der Schweiz offen. Und wird benutzt. Unikliniken bereiten für einzelne Patienten auch schon Zellen in den eigenen Laboratorien auf.

Das CHUV hat unterdessen den Antrag gestellt, dass seine Zelltherapie von der Grundversicherung bezahlt wird. Der Entscheid des Bundesamtes für Gesundheit steht noch aus. Laut «NZZ am Sonntag» gehen Forschende davon aus, dass die Lausanner Therapie zu Beginn rund 140000 Franken kosten wird. Also knapp doppelt so viel wie jene der Uni Pennsylvania. Allerdings werden die Kosten mit grösserem Volumen stark sinken. Und die Preise auch, weil kein Geld in die Taschen der Pharmamultis fliesst.

## rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



# Antibiotika der nächsten Generation: Eidgenossenschaft soll jetzt die Pharmafirma Sandoz kaufen!

**Sehr gut: Jetzt fordert die SP die Verstaatlichung der Sandoz. Die Novartis-Tochter ist die einzige Herstellerin von Penicillin in Europa. Und hier tickt die nächste medizinische Zeitbombe. Denn immer mehr Erreger sind gegen die bisherigen Antibiotika resistent. Wir brauchen dringend bessere Antibiotika und eigene Produktionsanlagen.**

Die Erben des Pharmakonzerns Roche kaufen dem anderen Pharmakonzern Novartis seine Roche-Aktien ab. Gewinn fürs Novartis-Aktionariat: 20 Milliarden Franken. Jetzt will Novartis auch noch ihre Tochter Sandoz verkaufen. Weil sie zu wenig Gewinn abwerfe. Das soll weitere 25 Milliarden in die Kassen der Gierigen spülen.

Sandoz ist die einzige Herstellerin von Penicillin in Europa. Hier tickt die nächste grosse medizinische Zeitbombe. Denn immer mehr Erreger sind gegen die bisherigen Antibiotika resistent. Wir brauchen als Gesellschaft bessere Antibiotika und eigene Produktionsanlagen, um diese herstellen zu können.

Fernsehen SRF sendete eine Speichellecker-Dokumentation über die Erben des Roche-Konzerns (siehe Link rechts unten).

**SPEICHELLECKEREI 1:** Die Erbinnen und Erben kassieren jedes Jahr 729 Millionen Franken fürs Nichtstun. Anstatt ihnen auf die zu goldenen

Zähne zu fühlen, fragte man die Abzocker, ob Roche-CEO Severin Schwan wirklich seine 15 Millionen Franken pro Jahr wert sei.

### SPEICHELLECKEREI 2:

Roche und Novartis haben bei der Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten gegen Covid-19 krass versagt. Warum? Das hätte man die Roche-Erben und das Management fragen müssen.

### SPEICHELLECKEREI 3:

Und keine Frage zum brennenden Antibiotika-Problem. Ganz nebenbei erklärt uns CEO Schwan in diesem SRF-Dok, wie wenig innovativ Pharmariesen wie Roche sind: «99 Prozent der Innovation im wissenschaftlichen Bereich, im medizinischen Bereich passiert irgendwo ausserhalb von der Roche, und deshalb ist es ganz entscheidend für uns, diese Innovationen, die überall auf der ganzen Welt entstehen, in der akademischen Welt, in anderen Unternehmen, in die Roche hineinzubringen.» Besser kann man das Geschäftsmodell dieser Basler Erben-Staubsauger schwer umschreiben. Die Gewinne



RONJA JANSEN: Die Juso-Präsidentin fordert die Sandoz-Verstaatlichung. FOTO: KEYSTONE

der Erbinnen und Erben sind wichtiger als Innovation und vernünftige Medikamentenpreise. Weil es sonst mit den Antibiotika morgen noch schlimmer aussieht, als es am Anfang der Coronakrise mit dem Nachschub an Masken aussah. Die Rosa Zukunft könnte also sein:

**SANDOZ 1:** Die Schweizerische Nationalbank ist faktisch ein Staatsfonds mit einem Vermögen von 1000 Milliarden Franken. 200 Milliarden davon

hat sie vorab in US-amerikanische Tech-Aktien angelegt. Der Bund soll Sandoz kaufen, und die Nationalbank soll diesen 25-Milliarden-Deal finanzieren. Mit 2,5 Prozent ihres Vermögens. Und somit aus der Portokasse.

**SANDOZ 2:** Die Schweizer Hochschulen und die Schweizer Universitätsspitäler sind in Sachen Forschung weltweit Spitze (siehe auch Artikel oben). Der Nationalfonds müsste ein grosses Programm auflegen, damit

wir in der Schweiz die Antibiotika der nächsten Generation entwickeln. Und zwar Tempo Teufel!

**SANDOZ 3:** Der wichtigste Produktionsstandort von Sandoz befindet sich in Kundl im österreichischen Tirol. Nichts würde die Beziehungen zu Österreich nachhaltiger verbessern als eine intelligente schweizerische Industriepolitik mit Sandoz-Tirol als einem der Standbeine. Das wäre nach dem Abbruch des Rahmenabkommens mehr als sinnvoll.

**SANDOZ 4:** Serge Gaillard, der ehemalige Chefökonom des Gewerkschaftsbundes und nachmalige Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, ist heuer einer von nur sieben Verwaltungsräten des Zürcher Unispitals. Gesundheitsminister Alain Berset müsste ihn mit der Umsetzung des Verstaatlichungsplanes der Sandoz beauftragen.

### LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/roche-dok](https://rebrand.ly/roche-dok) Dies ist die Speichellecker-Sendung von SRF. Spannend ist die Passage in der Minute 48.

● [wikipedia.org/wiki/Kundl](https://wikipedia.org/wiki/Kundl) Wer etwas über Kundl in Tirol erfahren will, wird hier fündig.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](https://www.workzeitung.ch)

**WICHTIGE MEDIS:** Sandoz ist eine der grössten Antibiotika-Herstellerinnen der Welt und die einzig verbliebene Penicillin-Produzentin Europas (Symbolbild). FOTO: GETTY

# SP-Vorstoss zur Übernahme der Sandoz kann zum Game-Changer werden

## Medikamenten-Produktion ist Service public

**Die SP will, dass der Bund die Sandoz übernimmt. Das ist nicht mehr als vernünftig.**

CLEMENS STUDER

Ein Vorschlag, wie aus der Zeit gefallen: Die SP verlangt eine Übernahme der Novartis-Tochter Sandoz durch den Bund. Novartis will Sandoz abstossen, weil sie zu wenig rentiere. Es ist ein hochaktueller und nötiger Vorschlag. Denn nach Jahrzehnten der neoliberalen Gehirnwäsche bis weit in die Sozialdemokratie hinein ist das Versagen «des Marktes» bei der Erfüllung zentraler gesellschaftlicher Aufgaben unübersehbar. Überdeutlich wurde das gerade wieder in der Corona-Pandemie. Es fehlte an allem: Masken, Beatmungsgeräten, Intensivbetten, Schutzkleidung und Pflegenden. An diesen fehlt es immer noch. Eine Impfung gibt es zwar inzwischen, aber spezifische Corona-Medikamente noch nicht.

### «LOHNT SICH NICHT»

Doch auch im «Normalbetrieb» kommt es zu immer mehr Medikamenten-Mangellagen. Der Bund führt penibel eine Liste jener Medikamente, die fehlen. Gründe für die Nichtverfügbarkeit sind oft Produktionseinstellungen, weil sich die Herstellung aus Sicht der Pharmafirmen nicht mehr lohne. Ein weiteres Problem ist die Produktion: Selbst wenn sie in der Schweiz stattfindet, werden die meisten Ausgangsstoffe nicht (mehr) hier produziert. Sondern vor allem in Indien. Und zwar

quasi für die ganze Welt. Wenn dann die Lieferketten unterbrochen werden, stockt der Nachschub, und die Produktion in den Industriestaaten steht still.

### ANTIBIOTIKA GEHEN AUS

Besonders dramatisch ist die Lage bei den Antibiotika. Diese haben seit ihrer Entdeckung Hunderte Millionen Leben gerettet. Doch die Wunderwaffen werden zunehmend stumpf. Weil sie (zu) breit eingesetzt werden. Und weil sie in der Landwirtschaft zu grosszügig verwendet werden, um die Produktion zu steigern. Das führt zu Superkeimen, die auch durch die sogenannten Reserve-Antibiotika nicht oder kaum mehr bekämpft werden können. Die logische Folge wäre die Entwicklung neuer Wirkstoffe. Doch die kapitalistische Marktlogik führt dazu, dass die Pharmakonzerne sich im Gegensatz zu den medizinischen Bedürfnissen aus der Forschung und der Produktion zurückgezogen haben. Die Profitmarge passt ihnen und ihrem Aktionariat nicht (siehe auch die Kolumne «Rosa Zukunft» auf Seite 4).

### VOLKSAPOTHEKE

Für die Bedürfnisse der Armee führt die Schweiz eine Armeepothek. Sie kann lagern und produzieren. Und sie könnte noch mehr. Das wollte ihr die frühere Solothurner SP-Nationalrätin Bea Heim ermöglichen und reichte im Juni 2019 eine entsprechende parlamentarische Initiative ein:

Volksapotheke statt Armeepothek. Doch die rechten Parteien von SVP bis GLP lehnten den Vorstoss ab – am 16. Dezember 2020. Mitten in der zweiten Coronawelle – und neun Monate nachdem der Bund und der Kanton Zürich in China notfallmässig Maskenmaschinen beschaffen mussten, weil «der Markt» in der Schweiz keine Masken hergab.

### WARUM SANDOZ?

2020 hat Tochter Sandoz 9,6 Milliarden Dollar zum Novartis-Gesamtumsatz von 39 Milliarden beigetragen. Im dritten Quartal 2021 lag die Kerngewinn-Marge bei 23,8 Prozent. Der Kerngewinn ist – vereinfacht – eine Grösse, die nach buchhalterischen Standards ausgewiesene Gewinne um Sonderfaktoren (Restrukturierungskosten, Rechtsfälle usw.) «bereinigt». Doch 23,8 Prozent Profit reicht den Novartis-Besitzenden und ihren Managern nicht. Denn schliesslich macht die zweite Sparte «innovative medicines», die 80 Prozent zum Umsatz beiträgt, 37,8 Prozent Gewinn. Wie es zu diesen kommt: siehe Artikel unten.

Die Sandoz betreibt ein «langweiliges» Geschäft. Sie stellt Generika her, also bewährte Medikamente, deren Patentschutz abgelaufen ist und die deshalb zu vernünftigen Preisen verkauft werden dürfen. Und die Sandoz ist eine der grössten Antibiotika-Herstellerinnen der Welt und die einzige verbliebene Penicillin-Produzentin Europas. Die Sandoz betreibt also faktisch Service public, sie ist Infrastruktur. Aber sie ist (noch) nicht dort, wo Infrastruktur hingehört: in der öffentlichen Hand.

## Patentschutz-Lizenz zum Abzocken: Unanständige Profite mit Medikamenten haben System

Das Zauberwort heisst «globalisierte Patente». Durchgesetzt hat diese die Welthandelsorganisation (WTO) 1995. Sie ist eines der drei Geschwister Weltbank, Währungsfonds und eben Welthandelsorganisation. Diese unheilige Dreifaltigkeit vertritt hauptsächlich die Interessen des globalen Nordens und der Multis. Die WTO ist formal zwar demokratisch organisiert, wird aber faktisch ebenfalls von den grossen Handelsmächten und den Interessen ihrer Konzerne dominiert. Zu deren Interessen gehört der Patentschutz auf Medikamenten.

Vor 16 Jahren waren die Pharmakonzerne am Ziel. Die WTO-Regeln sind ein Segen für sie, weil die Multis damit in fast allen Ländern hohe bis extrem hohe Preise durchsetzen können.

Das bedeutet: Wer nicht zahlen kann, wird nicht behandelt. Aktuell zum Beispiel nicht gegen Covid geimpft. Obwohl genügend Impfstoff

### Das Zauberwort für Multis heisst «globalisierte Patente».

herstellbar wäre. Kapitalismus ist immer zynisch. Im Gesundheitswesen noch ein bisschen zynischer.

**Ein allgemeines Beispiel:** Vor sechs Jahren untersuchten britische und US-amerikanische Forschende die tatsächlichen Herstellungskosten von ausgewählten Krebsmedikamenten. Ergebnis: Die Wirkstoffkosten machten nur 0,2 bis 2,9 Prozent der Verkaufspreise in den USA aus.

**Ein konkretes Beispiel:** Der Wirkstoff Imatinib. Dieser ist bei der Behandlung einer Form von chronischer Leukämie wichtig. Der Pharma-multi Novartis vermarktet ihn unter dem Handelsnamen Glivec. Die Behandlung damit kostete 2015 in den USA 107 799 Dollar pro Patientin oder Patient und Jahr. Der Herstellungspreis für eine Jahresdosis lag laut dem Forschungsbericht zwischen 128 und 216 Dollar – 50 Prozent Profitmarge schon eingerechnet.

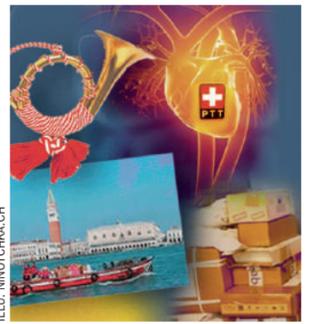


FOTO: WIKI

### VIEL CASH FÜR NOVARTIS: Leukämie-Medikament Glivec.

Der Beleg: In Indien bewegte sich der Preis für Glivec denn auch in diesen Preisregionen. Das war aber nur möglich, weil Indien sich weigerte, Novartis für den Wirkstoff ein Patent zu erteilen. Und Genetika produzieren liess. Das ist möglich, weil für die ärmsten Länder noch Ausnahmen gelten bei der Globalisierung der Patentrechte.

Übrigens: 2016 ist das Novartis-Patent ausgelaufen. Die Preise sind in den Keller gerauscht. (cs)



ILLU: NIROTCRKA.CH

## Die Briefträgerin & das Hochgefühl

Die Briefträgerin erhielt eine Postkarte aus Venedig. Grüne Wellen, ein rotweisses Boot, beladen mit Paketen. Grusstext der Freundin: «So wird in Venedig die Post ausgetragen.» Das Herz der Briefträgerin schlug höher.



**Bärtschi-Post**

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Gleichzeitig fragte sie sich: «Wieso eigentlich?» Sie arbeitete früher im Gastgewerbe. Und im Büro. Nirgends empfand sie ähnlich oder sah andere ähnlich empfinden. Keine Kollegin stellte je einen Bürostuhl im Garten

### Verkörpern wir einen Mythos?

aus, kein Kollege hängte je eine Getränkekarte an die Stubenwand. Anders bei der Post. Ein Kollege läuft noch als Pensionierter in unverkennbarer Postkleidung umher, trotz Logoentfernung. Den Hausplatz einer Kollegin schmückten diverse Postaccessoires.

**MYTHOS POST.** Haben die Hochgefühle mit der Sinnfrage zu tun? Mit der Idee der Arbeit zum Wohl aller? Aber Hand aufs Herz: Was stellen die Briefträgerinnen und Briefträger heute vor allem zu? Die allseits verhassten Rechnungen, Werbung, Spendensuche, Gerichts- und Betreibungsurkunden.

Wieso hielt sich das Gefühl so hartnäckig, die Pöstlerinnen und Pöstler seien etwas Besonderes, wieso erhalten sie unterwegs viel Aufmerksamkeit, vom Kleinkind wie vom Grossvater? Verkörpern sie einen Mythos? In der Zeit vor dem Internet hatten sie in der Tat unabdingbare Funktionen. Als «Chumhäreckmer» bei allen möglichen Alltagsproblemen. Und sie transportierten Botschaften und Dokumente, die anders nicht überbracht werden konnten. Sie waren eine zuverlässige Verbindung der Nutzniessenden mit der Welt.

**GELBES BLUT?** Die Briefträgerin will bei Gelegenheit auf der Bütz in die Runde fragen: «Ist dein Blut gelb? Wenn ja, warum?» Und, wenn's mal passt, zum Beispiel bei Ghüderleuten und Bahnpersonal nachfragen, ob die Kehrlichtabfuhr oder Zugsbegleitung im Ausland bei ihnen ebenfalls eine Aufregung wecke, ja, ein Verwandtschaftsgefühl.

Das Foto aus Venedig zeigt ein Paketboot. Den Paketen gehört die Zukunft, und sie kompensieren den vielbeschworenen Briefmengenrückgang. Bei genauem Hinsehen entdeckt die Briefträgerin eine schwarze Aufschrift am Schiff: «Corriere Espresso dpd» ...

## Plattform-Ökonomie Die Lex Riders

Welch schöne neue Welt hatte der Kapitalismus noch vor wenigen Jahren versprochen: nichts weniger als die Befreiung von der Lohnknechtschaft. Den Freelancerinnen und Freelancern gehöre die Zukunft. Lohnabhängige galten als Auslaufmodelle und die Gewerkschaften ebenso. Die neuen Selbständigen würden endlich autonom nach ihren Bedürfnissen arbeiten können. So die Ideologie. Millionen wagten sich in diese neue Wunderwelt, oder sie wurden



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

hingeworfen. Doch schon bald zeigte sich: Es fehlt ihnen an Schutz. Etwa wenn sie erkranken oder die Aufträge ausbleiben. Die neoliberalen Ideologen fanden schnell eine Lösung: Zwischen der Selbständigkeit und der Lohnabhängigkeit müsse bloss ein dritter Status her. Und überall in Europa machte die Politik Vorstösse in diese Richtung. Auch in der Schweiz.

**SPANIEN MACHT'S VOR.** Die Gewerkschaften hielten von Anfang an dagegen. Denn die Freelancerinnen und Freelancer bei Uber, Deliveroo und Co. sind scheinselfständig. Sie arbeiten im Auftrag eines Arbeitgebers, also sind sie lohnabhängig. Bloss haben sich ihre Chefs einfach von ihren Pflichten verabschiedet. Vielerorts klagten die Gewerkschaften gegen Uber und Co. Und die Fahrerinnen und Fahrer, die «riders» in Italien und Spanien und die Taxifahrerinnen in Grossbritannien und der Schweiz begannen sich zu wehren. Mit Erfolg! Im März 2021 unterzeichneten die italienischen Gewerkschaften mit dem Essenslieferdienst Just Eat einen Gesamtarbeitsvertrag. In Grossbritannien, Frankreich, den Niederlanden und auch in Genf gaben Gerichte den klagenden «riders» recht und bestätigten: Sie seien tatsächlich Lohnabhängige. In Spanien trat im Sommer die sogenannte Lex Riders in Kraft. Das Gesetz schützt die Rechte der Lohnarbeitenden bei Lieferdiensten.

**Die EU-Kommission berät eine Richtlinie zur Plattformarbeit.** Die Kommission berät jetzt eine Richtlinie. Immerhin: In Sachen Plattformarbeit haben die Gewerkschaften den Luftkrieg gegen die Neoliberalen gewonnen. Aber jetzt lobbyieren die Logistikmultis bei der EU-Kommission und wollen die Richtlinie bodigen. Der Kampf ist also noch lange nicht vorbei.

**ERSTER SIEG.** Nun ist die EU gefordert. Im September hat ihr Parlament mit grosser Mehrheit einen Bericht verabschiedet, der die Stossrichtung des spanischen Gesetzes aufnimmt. Die EU-Kommission berät jetzt eine Richtlinie. Immerhin: In Sachen Plattformarbeit haben die Gewerkschaften den Luftkrieg gegen die Neoliberalen gewonnen. Aber jetzt lobbyieren die Logistikmultis bei der EU-Kommission und wollen die Richtlinie bodigen. Der Kampf ist also noch lange nicht vorbei.



## Drei Mythen um die Pflegeinitiative

Der indirekte Gegenvorschlag reicht. Der Gegenvorschlag wirkt viel schneller. Die Pflegeinitiative bringt nur den Dipl. Pflegefachpersonen etwas. Um die Pflegeinitiative ranken sich Mythen. Wir decken sie auf:  
[www.unia.ch/mythen](http://www.unia.ch/mythen)

# Jachten, Jets und Villen: Superreiche machen das Klima kaputt Bertarelli, der Klimakiller

**Milliardäre tragen mit ihrem exzessiven Lebensstil massiv zur Klimazerstörung bei. Eine US-Studie nennt jetzt die Namen. Zum Beispiel den Gstaader Ernesto Bertarelli.**

RALPH HUG

Die Superreichen dieser Welt haben einen schwindelerregend hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Zu den grössten Klimakillern gehört auch der Schweizer Biotech-Unternehmer und Segel-Freak Ernesto Bertarelli. Dies ergaben Berechnungen der US-Universität Indiana mit Zahlen für das Jahr 2018.\* Das mag überraschen. Bertarellis Vermögen wird auf 8 Milliarden Dollar geschätzt. Andere wie Microsoft-Gründer Bill Gates oder Amazon-Boss Jeff Bezos sind noch viel reicher (124 bzw. 191 Milliarden). Trotzdem glänzt Bertarelli auf Rang 5 unter den Top-Klimakillern, während Gates und Bezos hinter ihm liegen. Wie das?

Die beiden Anthropologen Beatriz Barros und Richard Wilk nahmen die Liste der Reichsten der Welt, die jährlich vom US-Wirtschaftsmagazin «Forbes» publiziert wird, sammelten öffentliche Daten über den Besitz von 20 Milliardären und versuchten, den persönlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoss dieser Personen

**Die Erde kann sich die Superreichen nicht mehr leisten.**

zu schätzen. Bertarelli kommt auf jährlich 10 089 Tonnen und landet damit auf Platz 5 dieser Liste der ultrareichen Klimazerstörer. Zum Vergleich: Ein Mensch gibt pro Jahr im Schnitt 5 Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre ab, Bertarelli somit zweitausend Mal mehr. In der Klimarechnung schwer zu Buche schlagen vor allem Jachten, Privatflugzeuge und Helikopter sowie der Besitz zahlreicher luxuriöser Wohnsitze in aller Welt. Allein eine Superjacht ständig betriebsbereit zu halten – ein Muss in die-



**NUMMER 5 DER SUPERREICHEN KLIMAVERPESTER: Ernesto Bertarelli, umgeben von Kirsty Bertarelli (links) und dem Model Eva Herzigova, in Paris.** FOTO: GETTY

ser Liga –, bringt einem Besitzer einen jährlichen Ausstoss von geschätzten 7000 Tonnen CO<sub>2</sub> ein.

**ABRAMOVIC: TOP-VERPESTER**

Das ist auch der Grund, weshalb die Liste mit weitem Abstand von Roman Abramovic angeführt wird: Er lässt jährlich ungeheure 31 198 Tonnen Treibhausgas in die Luft. Der russische Besitzer des Londoner Fussballclubs Chelsea wurde im Handel mit Öl, Gas und Stahl reich und hat ein Faible für Superjachten. Seine «Eclipse» ist 162 Meter lang und die zweitgrösste Jacht der Welt. Abramovic fliegt zudem eine Boeing 727, speziell für ihn gefertigt, mit einem 30plätzigem Speisesaal an Bord. Für kleinere Trips benützt er einen Privatjet des Typs Gulfstream. Hinter Abramovic auf Platz 2 der superreichen Klimakiller liegt der US-Musikproduzent David Geffen mit einem Ausstoss von 18 379 Tonnen CO<sub>2</sub>.

**GATES: KLIMA-HEUCHLER**

Mit 7493 Tonnen bzw. 2224 Tonnen CO<sub>2</sub> rangieren Bill Gates und

Jeff Bezos weiter hinten auf dieser Liste des Grauens. Das hat laut der Studie damit zu tun, dass die beiden keine Superjacht-Fans sind. Ihre Emissionen kommen von den Privatflugzeugen, Helikoptern und feudalen Wohnsitzen. Gates etwa, der ja mit seiner Milliardenstiftung das Klima retten will, besitzt unter anderen bei Washington ein Anwesen mit einer Garage für 23 Autos sowie 24 Badezimmern. Daneben hat er noch vier Privatjets, eine Pferdefarm und eine Kollektion von Helikoptern. In dieser Gilde schlägt Tesla-Gründer Elon Musk aus der Reihe. Er liegt auf dem zweitletzten Platz, obwohl er punkto Vermögen ganz oben rangiert. Musk macht sich wenig aus Superjachten und besitzt «nur» acht Häuser und einen Privatjet. Er hat sogar angekündigt, seinen Karbon-Fussabdruck durch Verkäufe drastisch zu vermindern. «Macht er dies wahr, wäre er ein Beweis dafür, dass Superreiche immer die Wahl haben, ihren schädlichen Einfluss aufs Klima zu reduzieren», so die Studie.

Die schweren Folgen des Überkonsums der globalen Superklasse aufs Weltklima fristeten bisher eher ein Randdasein in der Klimadebatte. Je mehr aber die globale Ungleichheit thematisiert wird, desto mehr rückt auch der äusserst schädliche Lifestyle von vergleichsweise wenigen superreichen Grossverschmutzern ins Zentrum.

An Klimademos kursiert denn auch ein Bonmot: «Es ist nicht die Menschheit als Ganzes, die sich die Erde nicht mehr leisten kann. Es sind die Ultrareichen.» Und immer lauter wird der Ruf nach wirksamen Vermögenssteuern, auch als Massnahme für den Klimaschutz. Denn mit ihnen könnte die Ungleichheit reduziert, der schrankenlose Konsum der Superreichen gebremst und ein drohender Klimakollaps abgewendet werden.

\* Beatriz Barros, Richard Wilk, **The outsized carbon footprints of the super-rich**, University of Indiana, USA, 2021. Download (nur auf Englisch): [rebrand.ly/klimakiller](http://rebrand.ly/klimakiller)

## Viel Heuchelei an der Weltklimakonferenz in Glasgow CO<sub>2</sub>-Bilanz der Cop 26: 102 500 Tonnen

**Der Weltklimagipfel ist für das Klima ein Desaster.**

RALPH HUG

Tausende von Staats- und Regierungsleuten, Beobachterinnen, Beratern und Lobbyisten jetteten ins schottische Glasgow zur Weltklimakonferenz Cop 26. Insgesamt zählte der Gipfel an die 40 000 Akkreditierte. Das alles blieb nicht ohne Folgen für die Umwelt: Nach einer Schätzung der britischen Regierung

**Die Konferenz war so weiss und privilegiert wie noch nie.**

verursachte der ganze Konferenzbetrieb gesamthaft einen CO<sub>2</sub>-Ausstoss von 102 500 Tonnen. Wo Treibhausgas massiv reduziert werden sollten, ging erst mal sehr viel mehr CO<sub>2</sub> in die Luft. Die 102 500 Tonnen entsprechen etwa dem,

was zehn superreiche Grossverschmutzer vom Schlage Bertarellis mit ihrem verschwenderischen Lebensstil jährlich in die Atmosphäre ablassen (siehe Artikel oben).

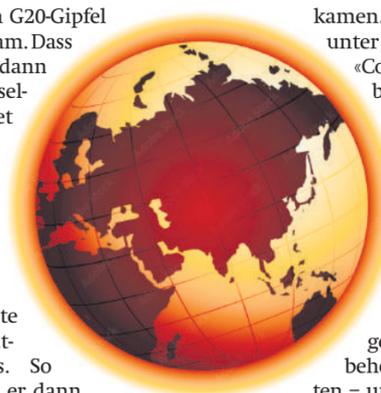
Glasgow übertraf damit die Vorgängerkonferenzen von Madrid und Paris hinsichtlich Treibhausgasen ums Doppelte, wie die «Washington Post» ausgerechnet hat. Gegenüber den älteren Konferenzen von Kopenhagen und Durban hat sich der Ausstoss sogar vervierfacht. Die Treffen sind auch immer grösser geworden.

In Glasgow fand sich eine Rekordzahl an Teilnehmenden ein. Die britische Regierung schätzt, dass 60 Prozent der erwähnten Emissionen auf den Flugverkehr und die Anreise mit Jets zurückgehen. Da trat viel Heuchelei zutage. Es war noch halbwegs zu verstehen, dass der britische Premier Boris Johnson als Gastgeber zu Beginn mit einem Airbus anrauschte, da er

grad vom G20-Gipfel in Rom kam. Dass er aber dann mit demselben Jet wieder nach London zurückflog (Distanz 660 Kilometer), löste Kopfschütteln aus. So viel, dass er dann in der zweiten Woche nach Glasgow fuhr, um seine ramponierte ökologische Glaubwürdigkeit behelfsmässig zu flicken.

**EXKLUSIVE RUNDE**

An der Konferenz war ausserdem dafür gesorgt, dass die eigentlichen Leidtragenden der Klimakatastrophe aus dem globalen Süden kaum zu Wort



ILLU: ADOBE STOCK

kamen. Ihre Allianz unter dem Namen «Cop 26 Coalition» beklagte sich, dass ein grosser Teil ihrer Mitglieder an bürokratischen Problemen bei der Akkreditierung und an feindlich gesinnten Visa-behörden scheiterten – und so gar nicht nach Glasgow reisen konnten. Oder sie fanden schlicht keine bezahlbaren Unterkünfte mehr. Demgegenüber zählten Nichtregierungsorganisationen über 500 zugelassene Öl-, Gas- und Kohle-Lobbyisten in Glasgow. Die Weltklimakonferenz sei zu einer Plattform nur für die Interessen der Reichen geworden, so die Kritik der Koalition: «Cop 26 war so weiss und privilegiert wie noch nie.»

# Baumeister auf Radikalinski-Kurs Geizen trotz Boom – und gifteln



NICHTS ALS KRÄNE: Bauinvestitionen auf Höchstniveau. Im Bild die Baustelle des Eco-Quartiers Plaines-du-Loup in Lausanne. FOTO: KEYSTONE

**Die Lohnverhandlungen im Bau sind gescheitert. Jetzt liebäugelt der Baumeisterverband mit dem vertragslosen Zustand – und erwartet Streiks.**

JONAS KOMPOSCH

Der plötzliche Pandemie-Ausbruch war für viele Branchen eine ruinöse Katastrophe. Nicht aber für die Schweizer Bauwirtschaft. Ihre Aufträge waren längst unter Dach und Fach, als der Shutdown kam. Ausserdem mussten die Bauarbeiter einfach weiterchraumpfen – Virus hin oder her. Daher gingen die Umsätze in der Baubranche bloss leicht zurück: um 5,8 Prozent im letzten Jahr. Doch das reichte schon, um etliche Baumeister zu erschrecken. Schliesslich hatten sie sich an die fast durchgehend steil ansteigende Konjunkturkurve der letzten 15 Jahre gewöhnt. Die pandemiebedingte Abkühlung ging aber rasch vorbei. Heute bricht die Branche schon wieder Rekorde: Noch nie waren in der Schweiz so viele Baugesuche hängig wie aktuell. Auf historischem Höchstniveau sind auch die Bauinvestitionen. Und dieser Aufwärtstrend wird sich 2022 noch verstärken. Das zeigen neue Berechnungen der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich.

**BAUMEISTER SENKEN REALLÖHNE...**

Glänzende Aussichten also. Da ist es nichts als fair, wenn das Baugewerbe die Mitarbeitenden am Erfolg teilhaben lässt. So wie es etwa die Gebäudetechnikbranche tut (siehe Box). Keine Riesensprünge zwar, aber immerhin Zeichen der Wertschätzung.

Dagegen beteuern die Herren des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV): Generelle Lohnerhöhungen seien schlicht «nicht möglich». Dies schon zum zweiten Mal in Folge, während sie gleichzeitig Millionen Gewinne einstecken. Kategorisch hat der SBV die Forderung der Bauarbeiter nach 100 Franken mehr Lohn zurückgewiesen. Dabei ist diese alles andere als überrissen. Unia-Bauchef Nico Lutz erklärt: «Eine Lohnerhöhung von 100 Franken entspricht gerade mal der

Teuerung plus der Produktivitätssteigerung. Sie würde also nicht einmal die Firmengewinne tangieren.»

Die Meister wollten es aber auch in der letzten Verhandlungsrunde vom 4. November nicht einsehen. Dazu Lutz: «Nicht zum geringsten Lohnangebot konnten sie sich durchringen. Und dies notabene, nachdem in diesem Jahr die Durchschnittslöhne der meisten Bauarbeiter gesunken sind.» Gleiches droht nun auch im nächsten Jahr. Denn eine Lohnnullrunde bei gleichzeitiger Teuerung bedeutet nichts anderes als Reallohnverluste. Eigentlich unanständig genug, doch der Baumeisterverband setzt noch eins drauf.

**... DROHEN MIT AUS FÜR LMV ...**

Nur eine Woche nachdem sie die Lohnverhandlungen hatten scheitern lassen, gelangten die Baumeister an den «Tages-Anzeiger». Die Zeitung sollte die Resultate einer Studie verbreiten, die sie bei der Uni Basel bestellt hatten. Zentrale Frage darin: Was passiert mit



**«Nicht zum geringsten Lohnangebot konnten sich die Baumeister durchringen.»**

UNIA-BAUCHEF NICO LUTZ

der Baubranche, wenn es keinen Landesmantelvertrag (LMV) mehr gäbe? Wissen will das der SBV, weil der aktuelle Gesamtarbeitsvertrag Ende 2022 ausläuft. Ein neuer soll ab März mit den Gewerkschaften ausgehandelt werden. Und für diesen Hosenlupf bringt sich Baumeisterpräsident und FDPler Gian-Luca Lardi lieber schon jetzt in Stellung. Er rechne nämlich mit Streiks, verrät er dem «Tages-Anzeiger» und lässt vorsorglich die Säbel raseln: Der Vertrag sei nicht «gottgegeben», mahnt er. Auch im vertragslosen Zustand könne die Branche «gut weiterproduzieren». Das beweise die bestellte Studie. Tatsächlich?

**... UND BIEGEN STUDIE ZURECHT**

Autor ist der emeritierte Basler Wirtschaftsprüfer George Sheldon, einer der

**So geht das: Mehr Lohn**

In den Verhandlungen mit den Gewerkschaften stimmte die Gebäudetechnikbranche jüngst einer generellen Lohnerhöhung von 60 Franken zu. Auch die Plattenlegermeister zahlen im nächsten Jahr allen 40 Franken mehr im Monat. Und die Löhne in der Gebäudehüllenbranche steigen generell um 20 Franken. Dagegen machte der Baumeisterverband kürzlich klar, dass er nicht nur die Bauarbeiter, sondern auch die Poliere mit einer Lohnnullrunde abspeisen will. (jok)

gefragtesten bürgerlichen Arbeitsmarktexperten. Mit einem solchen Kronzeugen kann nichts schiefgehen, wird sich der SBV gedacht haben. In der Tat lieferte Sheldon einige Resultate, die dem SBV gefallen: Wenn der LMV falle, würden weder die Umsätze noch die Gewinnmargen schrumpfen, hat Sheldon berechnet. Auch der Preisdruck durch ausländische Billigkonkurrenz würde kaum grösser. Und selbst die Löhne sieht der Professor nicht in Gefahr. Im Gegenteil glaubt er sogar an ein steigendes Lohnniveau, wenn der Lohnschutz des LMV entfällt. Kurzum: seltsame Befunde, die jeder Alltagserfahrung zuwiderlaufen, aber sich leicht zum antigerkschaftlichen Argumentarium aufbauen lassen. Besonders, wenn man nur rauspickt, was gerade in die eigene Agenda passt.

Die bisher unveröffentlichte Studie, die work vorliegt, zeigt denn auch ganz andere Schlüsse von Sheldon: dass generelle Lohnerhöhungen keinesfalls «nicht möglich» seien, etwa. Schon in den vergangenen 17 Jahren hätten die Baumeister die Kosten für Lohnerhöhungen jeweils bequem auf die Kunden überwälzen können. Umsatzverluste oder Gewinneinbrüche habe das nicht zur Folge gehabt. Auf Nachfrage von work bestätigt der Professor: auch aktuell seien höhere Löhne ohne weiteres möglich. Und: Sheldon rät dringend vom vertragslosen Zustand ab. Dieser bringe den Firmen keine Vorteile, im Gegenteil: «Ohne Vertrag droht nicht nur ein Kontrollverlust. Man läuft auch Gefahr, die Belegschaften zu verärgern. Das kann hinten rausgehen.»

Ladenöffnungszeiten in Genf  
**Salamitaktik geht weiter**

**Genf muss über die Ladenöffnungszeiten abstimmen. Schon zum dritten Mal! Weil sich die Arbeitgeber und die Rechten nicht an einen Kompromiss von 2016 halten wollen.**

CHRISTIAN EGG

Mit allen Tricks und Kniffen probieren rechte Politikerinnen und Politiker, die Arbeit am Samstag, am Sonntag und am Feierabend auszuweiten. Jüngstes Beispiel ist Genf: Dort müssen die Stimmberechtigten bereits zum dritten Mal in nur fünf Jahren über die Ladenöffnungszeiten abstimmen.

Dabei gibt es seit 2016 einen Kompromiss. Der tat allen ein bisschen weh: Die Verkäuferinnen und Verkäufer mussten an drei Sonntagen pro Jahr arbeiten plus an Silvester, der in Genf ein kantonaler Feiertag ist. Aber nur, wenn es einen kantonalen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für den Verkauf ausgehandelt gab. In einem solchen Vertrag lassen sich Kompensationen für die Sonntagsarbeit festlegen, etwa das Anrecht auf eine bestimmte Zahl freier Wochenenden pro Jahr oder eine Obergrenze der täglichen Arbeitszeit. Und natürlich faire Mindestlöhne für alle.

**Die Turbolädeler haben Appetit auf immer mehr.**

Doch die Arbeitgeber hielten sich nicht an den Kompromiss. Seit 2017 gibt es keinen GAV mehr. Mehrere Anläufe für einen neuen Vertrag scheiterten. Stattdessen drückten die Rechten im Kantonsparlament ein neues Gesetz durch. Mit Sonntagsverkäufen, aber ohne GAV-Pflicht. Um es der Bevölkerung schmackhaft zu machen, griffen sie zur altbekannten Salamitaktik: Das Gesetz solle auf zwei Jahre befristet sein. Und die Taktik ging auf: 2019 sagten die Stimmberechtigten Ja zum als «Experiment» bezeichneten Gesetz.

**«NUR FÜR ZWEI JAHRE»**

Jetzt ist das Salami-Rädli gegessen, die Turbolädeler haben Appetit auf mehr. Wie es den Verkäuferinnen und Verkäufern geht, ist ihnen egal. Und weil sie im Kantonsparlament die Mehrheit haben, bastelten sie ein neues Gesetz: Die drei Sonntagsverkäufe plus Silvester sollen jetzt doch bleiben, und zwar unbefristet. Ohne GAV. Und weil zwei Salami-Rädli besser sind als eines, wollen sie gleich noch den Verkauf am Samstag von 18 Uhr auf 19 Uhr ausdehnen. Dafür soll der Abendverkauf vom Donnerstag gestrichen werden, weil der eh je länger, je weniger Leute in die Läden lockt.

**«NUR EINE STUNDE MEHR»**

Dagegen hat die Unia zusammen mit anderen Gewerkschaften und Parteien das Referendum ergriffen und die Abstimmung vom 28. November erzwungen. Pablo Guscetti von der Unia Genf sagt, die Ausweitung am Samstag wiege noch viel schlimmer als drei Sonntagsverkäufe: «Damit wären noch mehr Menschen gezwungen, am Wochenende zu arbeiten und auf ihr Samstagabendessen mit der Familie zu verzichten!»

Dagegen hat die Unia zusammen mit anderen Gewerkschaften und Parteien das Referendum ergriffen und die Abstimmung vom 28. November erzwungen. Pablo Guscetti von der Unia Genf sagt, die Ausweitung am Samstag wiege noch viel schlimmer als drei Sonntagsverkäufe: «Damit wären noch mehr Menschen gezwungen, am Wochenende zu arbeiten und auf ihr Samstagabendessen mit der Familie zu verzichten!»



SOLIDARITÄT MIT DEN VERKÄUFERINNEN!  
Demo gegen längere Ladenöffnungszeiten in Genf. FOTO: KEYSTONE



Das Leben ist schön,  
solange nichts passiert.

[suva.ch/regeln](https://suva.ch/regeln)

Deshalb gibt's die lebenswichtigen Regeln.

Halte dich an deine lebenswichtigen Regeln  
und sag bei Gefahr «Stopp»!



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS  
[www.ekas.ch](http://www.ekas.ch)

**suva**

Menschenhandel: Die Unia geht in die Offensive

# 20 Rappen pro Stunde in Crans-Montana



STOPPT MENSCHENHANDEL! Aktion von Amnesty International am Flughafen München. FOTO: GETTY

**Menschenhandel zwecks Ausbeutung der Arbeitskraft ist ein Verbrechen. Dennoch versuchen es Unternehmer immer wieder. Auch in der Schweiz. Und nicht nur im Rotlichtmilieu.**

JONAS KOMPOSCH

Das Onlineinserat versprach «interessante» Stundenlöhne von 10 bis 12 Euro und Gratisverpflegung in der wohlhabenden Schweiz. So lockte ein litauischer Unternehmer 14 Bauarbeiter aus Osteuropa an den Genfersee. Dort warteten Renovationsarbeiten an gediegenen Villen auf sie. Und im Walliser Nobelort Crans-Montana galt es, Chalets umzubauen. Die Arbeiter hingegen mussten in gammigen Mas-

**«Menschenhandel ist eines der schrecklichsten Verbrechen überhaupt.**

MARIE SAULNIER BLOCH, UNIA

senschlägen hausen. Vier Jahre lang, dann flog alles auf: Der Chef hatte die Búezzer gezwungen, 6 bis 7 Tage pro Woche durchzuarbeiten – zu Hungerlöhnen von 20 Rappen (ja, Rappen!) bis 6.50 Franken pro Stunde! Wer sich wehrte, wurde «mit physischer und psychischer Gewalt» zum Schweigen gebracht. So die Erkenntnis des Genfer Strafgerichts, das den Chef im April 2020 zu sechs Jahren Gefängnis verurteilte. Sein schwerstes Verbrechen: «Menschenhandel zwecks Ausbeutung der Arbeitskraft».

## REKORDJAHRE

Diese Form des Menschenhandels verbietet das Schweizer Strafgesetzbuch seit 2006 explizit. Doch Strafurteile dazu sind extrem selten. Bis 2018 haben Gerichte nur zehn Mal ein Urteil gesprochen. Das erstaunt. Denn allein im Jahr 2020 registrierte die Schweizer Plattform gegen Menschenhandel, Plateforme Traite, 24 neue Opfer. Sogar 50 Fälle zählte die Fachstelle für Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ). Hinzu kommen 176 Fälle in der Prostitu-

tion – nach 2019 erneut ein historischer Höchstwert! Die tiefe Verurteilungsrate habe verschiedene Gründe, erklärt Anna Schmid, Koordinatorin bei Plateforme Traite: «Betroffene bezeichnen sich kaum je als Opfer von Menschenhandel und kennen ihre Rechte nicht. Und weil sie oft keinen legalen Aufenthaltsstatus haben, misstrauen sie der Polizei.» Tatsächlich komme es immer wieder vor, dass Behördenvertreter die Opferrechte nicht respektierten. Dabei besagt die Europäische Konvention gegen Menschenhandel klar: Wenn ein begründeter Verdacht auf Menschenhandel besteht, hat das Opfer Anrecht auf eine vorläufige Aufenthaltsbewilligung, eine sichere Unterkunft, psychologische und materielle Unterstützung, Beratung und medizinische Versorgung. Doch in der Praxis hapert es – auch wegen verbreiteter Mythen.

## HEIKLE KONTROLLEN

Expertin Schmid sagt: «Viele glauben, Menschenhandel sei nur in der Sexarbeit ein Problem.» Tatsächlich passiere aber jeder dritte Fall ausserhalb der Prostitution. Besonders betroffen seien Beschäftigte in Privathaushalten, in der Gastronomie, in Nail-Studios, in der Landwirtschaft oder auf dem Bau. Das bestätigen auch Kontrollen durch Arbeitsinspektorate. Aber auch da sieht Schmid noch Aufholbedarf: «Wenn Irreguläres festgestellt wird, kann eine Firma bestraft werden. Allerdings besteht das Risiko, dass wegen illegalen Aufenthalts auch Mitarbeitende angezeigt werden.» Nur selten würden solche Situationen als mögliche Fälle von Menschenhandel erkannt und die Betroffenen an eine Opferchutzstelle verwiesen.

Genau hier will die Unia jetzt ansetzen. Mit einer Informationskampagne sollen Mitglieder, Mitarbeitende und die paritätischen Kommissionen (Kontrollorgane von Arbeitgebern und Arbeitnehmenden) sensibilisiert werden. Als erste Gewerkschaft der Schweiz wird sie sich ausserdem an einem nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel beteiligen. Der dritte dieser Art befindet sich beim Bundesamt für Polizei gerade in Vorbereitung. Dazu Marie Saulnier Bloch, Unia-Fachsekretärin für Migration: «Menschenhandel ist eines der schrecklichsten Verbrechen überhaupt. Und er torpediert letztlich die Arbeitsbedingungen aller. Deshalb braucht es auch alle, um ihn zu bekämpfen.»

## Warnzeichen:

- **Miserable Arbeitsbedingungen:** Dumpinglöhne, überlange Arbeitstage, keine Ruhetage, fehlende Arbeitskleider und Schutzausrüstung, Misshandlungen
- **Prekäre Lebens- und Wohnbedingungen:** Schlafen am Arbeitsort, in überfüllten Zimmern oder Masslagern, Isolation durch fehlenden Kontakt zur Aussenwelt, mangelhafte Mahlzeiten, falsche Versprechungen als Lockvogel für die Reise in die Schweiz
- **Hohe Verletzbarkeit:** Armut, ungesicherter Aufenthaltsstatus, abgenommene Ausweispapiere, geschlechtsspezifische Abhängigkeiten, kein soziales Netz, Schulden beim Chef, mangelnde Sprachkenntnisse



Die Schweiz gegen Menschenhandel  
La Suisse contre la traite des êtres humains  
La Svizzera contro la tratta di esseri umani

## Hinschauen:

Haben Sie einen Verdacht? So handeln Sie richtig:

- Zuerst eine spezialisierte, unabhängige Fachstelle oder die Unia informieren, sich beraten lassen ([rebrand.ly/verdachtmelden](https://rebrand.ly/verdachtmelden))
- Mit der betroffenen Person diskret und möglichst unbeobachtet in Kontakt treten
- Willen des Opfers respektieren, nicht aufdringlich sein → Gefahr der Retraumatisierung!
- Vertrauen aufbauen, ermutigen, Kontakt zur Beratungsstelle vermitteln



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## MORD IN OUAGADOUGOU

Thomas Sankara, der junge Präsident des westafrikanischen Burkina Faso, starb wie Chiles Präsident Salvador Allende: ermordet von einheimischen Militärs im Auftrag ausländischer Mächte.

**Sankaras Ansehen in ganz Westafrika ertrug Frankreich nicht. Deswegen Geheimdienst fand einen willigen Helfer.**

Die rote Sonne der Regenzeit sank langsam hinter den Königspalmen des Quartiers «L'Entente» in der

Hauptstadt Ouagadougou. Die Wagenkolonne bog in einen Park ein, in dem in einem bescheidenen Pavillon das Büro Sankaras lag. Die Mörder hatten sich hinter Hibiskus-Büschen versteckt. Sankara und neun Leibwächter flohen in den Pavillon. Sie hatten Pistolen, die Mörder Panzerabwehrwaffen und Maschinengewehre. Eine Salve zerriss Sankaras Körper. Die Killer stürmten in den Pavillon und töteten alle, die noch lebten. Es war der späte Nachmittag am Donnerstag, dem 15. Oktober 1987.

**LAND DER AUFRICHTIGEN.** Sankara kam 1983 an die Macht in dieser bitterarmen ehemaligen französischen Kolonie Obervolta. Während seiner kurzen Regierungszeit revolutionierte er das Land, das er in Burkina Faso, Land der Aufrichtigen, umbenannte. Er besiegte den Hunger, enteignete die französischen Baumwollfabriken, eliminierte die Korruption, verbot die Genitalverstümmelung der Frauen und brach das Ackerland-Monopol der Stammesfürsten. Damit gewann er in ganz Westafrika ein unerhörtes Ansehen.

Dies war für die französischen Geheimdienste unerträglich. Sie fanden im Fallschirmjäger-Major Blaise Campaore einen willigen Söldner. Nach Sankaras Ermordung wurde Campaore Staatschef, bis ihn 2014 ein Volksaufstand stürzte.

Montag, der 11. Oktober 2021: In Ouagadougou eröffnet das oberste Gericht den Prozess gegen die Mörder Sankaras. Einer fehlte auf der Anklagebank: Blaise Campaore. Er lebt immer noch im Exil in der benachbarten Elfenbeinküste und wird dort geschützt von französischen Agenten.

**SCHWEIZER HILFE.** Für das gepeinigete Volk von Burkina Faso spielt die Schweiz – die bundeseigene Entwicklungshilfe, aber auch viele Nichtregierungsorganisationen – eine zentrale, höchst nützliche Rolle. Sie half, Sankaras Reformen zu finanzieren. Und unter dem korrupten Regime von Campaore leistete sie direkte praktische Hilfe für die leidenden Menschen dank der Unterstützung der Baumwollgewerkschaften und des Spitals in Ouagadougou. Genfer Ärzte operieren regelmässig Kinder, deren Gesichter von der Mangelkrankung Noma verwüstet sind. Seit dem Sturz Campaores im Jahr 2014 setzt sich die Schweiz in vorbildlicher Weise für den Wiederaufbau eines funktionierenden Staates ein. Auch dass nun endlich der Prozess gegen Sankaras Mörder beginnen konnte, ist weitgehend ihr Verdienst.

**SCHWEIZER BLUTZOLL.** Unser Land hat auch seinen Blutzoll an Islamisten bezahlt, die fürchterliches Unheil in Burkina Faso anrichten. Jean-Noël Rey war Lehrbeauftragter an der Universität Genf, Berater von Bundesrat Otto Stich, Generaldirektor der Post, später SP-Nationalrat. Er war mein Freund. Für eine Walliser Hilfsorganisation reiste er Anfang 2016 zusammen mit einem Walliser Grossrat nach Ouagadougou. Dort wurden die beiden von einem Jihadistenkommando erschossen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Ibis-Hotelstreik in Paris: Gewerkschafterin Kandi (31) verrät das Erfolgsrezept

# «Wir haben es geschafft. Ihr könnt das ebenfalls!»



**KÄMPFERIN:** Tiziri Kandi (31) ist seit fünf Jahren Gewerkschaftssekretärin bei der französischen CGT. 2012 immigrierte sie aus Algerien nach Frankreich. Sie hat Politikwissenschaften studiert. FOTO: ZVG

**22 Monate lang haben die Zimmerfrauen des Hotels Ibis Batignolle in Paris für mehr Lohn und weniger Druck gestreikt. Und gewonnen! Wie, das schildert CGT-Gewerkschafterin Tiziri Kandi. work hat sie am SGB-Frauenkongress getroffen.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

**work:** Chapeau, Frau Kandi! Sie und die Ibis-Zimmerfrauen haben den Accor-Konzern in die Knie gezwungen. Wie haben Sie das geschafft?  
**Tiziri Kandi:** Wir haben gewonnen, weil es mehr war als ein Streik, weil der Streik zu einer Bewegung wurde. Es ging um die Arbeitsbedingungen der Zimmerfrauen, klar! Aber wir hatten es mit Frauen mit Migrationshintergrund zu tun. Deshalb hatten wir rasch Unterstützung aus feministischen und antirassistischen Kreisen. Zudem haben sich Gelbwesten, Pflegerinnen, streikende Theaterleute usw. mit uns solidarisiert und wir mit ihnen. Und so wurden wir zu einer Bewegung. Dann wurden auch Politikerinnen auf diesen Kampf von David gegen Goliath aufmerksam, unzählige Medien berichteten über uns. Als wir Anfang Jahr endlich wieder Verhandlungen aufnehmen konnten, knickte Accor nach drei Verhandlungsrunden ein.

**22 Monate Streik, haben Sie das schon mal erlebt?**  
Nicht wirklich. Aber 2002 gab es bereits einen Zimmerfrauen-Streik bei Arcades, der hat 13 Monate gedauert. Deshalb wussten wir, dass wir uns mindestens auf ein Jahr einstellen müssen. Tatsächlich gestreikt haben wir in den ersten 8 Monaten. Unsere Streikkasse war rasch leer, aber wir erhielten fast 300000 Euro Spenden. Als Accor endlich verhandlungsbereit war, kam Corona. Und Accor hoffte, dass sich durch den

Lockdown der Streik auflösen würde. Aber nicht mit uns! Die Frauen liessen sich zwar in Kurzarbeit wieder einstellen. Sobald der Lockdown vorbei war, waren sie aber bereit zum Weiterkämpfen.

**Aufgeben war nie ein Thema?**  
Nein, natürlich nicht! Aber wir hatten schon ziemliche Durchhänger. Corona war nicht gerade hilfreich und auch nicht die Tatsache, dass sich Accor monatelang kategorisch weigerte zu verhandeln. Aber für die Zimmerfrauen war klar: lieber kündigen als den Protest aufgeben!

**Zum Streik gehörten Trommelkonzerte, Theater oder Modeschauen. Wie sind diese witzigen Aktionen entstanden?**  
Wir mussten den Streik unbedingt zu einem positiven Erlebnis machen für die Streikenden, manchmal hatten wir einfach nur Spass! An Halloween zum Beispiel haben sich die Frauen mit Leintüchern als Gespenster verkleidet. Das Motto: «Die Unsichtbaren der Hotelbranche». Und wir haben einen Videoclip gemacht, der war super! Der Mann einer Zimmerfrau wollte den Streik unterstützen und hat Text und Melodie geschrieben. Das Video haben wir mit Crowdfunding finanziert. Très, très joyeux! Das Lied wurde zur Hymne des Streiks.  
*Tiziri Kandi singt vor: «Schrubben, schrubben macht weh an den Füssen, am Rücken, an den Nieren.»* (Übersetzung: Red.)

**Oh, danke! Wie hat alles eigentlich angefangen?**  
Die Frauen sind auf mich zugekommen. Weil 25 Zimmer pro Tag zu viel waren, die jede täglich putzen musste. Und der Lohn von 800 bis 900 Euro war zu tief für diesen Knochenjob. Das Fass zum Überlaufen brachte die kurzfristige Versetzung einiger Zimmerfrauen in andere Filialen, mit dem Ziel, die Streikwilligen auseinanderzudividieren. Am 17. Juli 2019 begann der Streik. Schon die erste Aktion ging unter die Haut: Die Frauen standen in der Hotelloobby im Kreis, gaben sich die Hand, und zeigten so ihre Solidarität mit einer Kol-

len Lohnausweisen und natürlich auch bei den Arbeitsbedingungen. Sie sehen, dass der Streik wirklich etwas gebracht hat.  
Die Frauen sind auch selbstbewusster geworden, nicht nur jene, die gestreikt haben. Sie hinterfragen die Anweisungen ihrer Vorgesetzten, sagen auch mal Nein. Das hätten sie früher nie getan. Auch in ihren Familien zeigt der Streik Wirkung. Eine Kollegin hatte früher kein eigenes Bankkonto, ihr Mann hatte es geführt. Jetzt führt sie es selbst.

**Hatte der Streik auch Auswirkungen auf andere Hotels?**  
Eine Woche nach dem Streikerfolg bei Accor streikten auch die Zimmerfrauen in einem Hotel etwas ausserhalb von Paris. Sie mussten nur einen Tag lang streiken – und schon lenkte das Management ein. Dort haben wir sogar erreicht, dass die Zimmerfrauen vom Hotel direkt angestellt wurden. Bei einem dritten Hotel wurden nach einer Streikwoche fast alle Forderungen erfüllt. Dort sagten die Zimmerfrauen, der Streik bei Accor habe sie inspiriert. Ich hoffe, dass der Accor-Streik über Frankreich hinaus Signalwirkung hat. Ich möchte, dass alle Frauen wissen: Wenn wir es geschafft haben, könnt ihr es auch!



**Accor-Streik: Sie besiegten den CEO**  
Sébastien Bazin ist der CEO der Hotelgruppe Accor. Er gebietet über 5100 Hotels in 110 Ländern und macht 4 Milliarden Franken Umsatz. Moderne Sklaverei?

**KNOCHENJOB:** Wer im Schnitt um die 25 Zimmer pro Tag putzt, macht einen Knochenjob. In nur 17 Minuten pro Zimmer, so verlangt es das Hotelmanagement. An einem normalen Tag: Lüften. Bad, Toilette, Dusche einsprayen, der Spray muss 10 Minuten wirken. Dreck, Essensreste usw. wegräumen. Flecken beseitigen. Bettzeug, Kissenbezüge usw. in den Wäschewagen. Matratze richten. Bett, Kissen neu beziehen. Schön glattstreichen. Staub wischen, Telefon, Kaffeemaschine, Fernbedienung usw. desinfizieren. Staubsaugen, Böden feucht aufnehmen, Licht und TV checken. Fenster und Spiegel und Schubladen putzen. Dann husch, husch Bad, Toilette, Badewanne reinigen. Drei verschiedene Lappen, mehrere Paar Handschuhe.

**RÖNTGENBILDER:** Diese Arbeit schlägt tatsächlich auf die Knochen. Auf Füsse, Rücken, Schultergelenke. Der Arbeitsmediziner erschrickt, als er die Röntgenbilder sah. «Diese Arbeitsorganisation macht uns kaputt», sagt Zimmerfrau Rachel Kéké, «wir mussten unser Schweigen brechen.» (lff)



**FRAUENSTREIK 3.0:** Kämpferische Gewerkschafterinnen auf dem Gurten. FOTO: SGB

Der 14. SGB-Frauen kongress hat entschieden: Nach dem Streik ist vor dem Streik

# Wenn Frau\* will, steht 2023 wieder alles still

**Der nächste feministische Streik kommt bestimmt, das haben die 200 Delegierten des Gewerkschaftsbundes an ihrem Kongress beschlossen. Und: Ohne Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit geht's nicht mehr.**

MARIE-JOSEE KUHN

Bereits der Auftakt ging ans Herz. Und an die Nieren. Erstmals in der Geschichte präsentierte die Historikerin und Gewerkschafterin Dore Heim nämlich die Geschichte der Frauen im Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Es ist die Geschichte von couragierten Vorkämpferinnen und einer bis heute fest im Sattel sitzenden Männermacht. Ok, auch die Gewerkschafterinnen haben in den letzten Jahrzehnten viel erreicht. Auch die Gewerkschaften sind weiblicher geworden: Der Frauenanteil der SGB-Verbände ist seit dem Jahr 2000 von 21 auf 31 Prozent gestiegen. In der grössten Gewerkschaft, der Unia, beträgt er derzeit 26,3 Prozent. Und erstmals steht mit Vania Alleva eine vollamtliche Präsidentin an einer Gewerkschaftsspitze.

Dennoch zeigt Historikerin Heims Rückblick, den work auf den Seiten 12–14 dokumentiert, Unglaubliches. Stellen Sie sich das mal vor: Zwischen 1930 und 1953 ergriff keine einzige Frau an einem SGB-Kongress je das Wort. In dieser Phase, in der auch in den Gewerkschaften ein reaktionäres Frauen- und Familienbild auf dem Vormarsch ist, verstummten die Gewerkschafterinnen. In der Männer-Metallgewerkschaft Smuv meldet sich die erste Frau überhaupt sogar erst am Kongress von 1970 zu Wort.  
Umso mehr erstaunt, dass die Idee für den ersten Frauenstreik 1991 aus eben diesem Smuv kommt, nämlich von den Uhrenarbeiterinnen im Valée de Joux. Es gelang ihnen schliesslich, Smuv-Frau Christiane Brunner für ihre «verrückte Idee» zu gewinnen. Sie setzte ihn mit allen anderen engagierten Gewerkschafterinnen um. Gegen den Willen der SGB-Spitze.  
Doch dann, am 14. Juni erbebte die Schweiz: Wenn Frau will, steht alles still! Hunderttausende gingen auf die Strassen. Eine neue Form von Streik war geboren. Und endlich ward das Blatt der Frauen in den Gewerkschaften gewendet.

Kein Wunder, ist der 14. SGB-Frauenkongress begeistert von Heims historischem Rückblick. Die Erzählung der eigenen Geschichte war längst fällig. Und plötzlich stehen die Kongressdelegierten alle auf und gedenken der Vorkämpferinnen. Ein höchst emotionaler Moment. Fast so emotional wie der Auftritt der französischen CGT-Gewerkschafterin Tiziri Kandi. Sie organisierte kürzlich den erfolgreichen Streik der Reinigerinnen im Ibis-Hotel, work hat mit der Power-Frau gesprochen (siehe Interview links).

**AUFBRUCH!**

Und der dritte Streik folgt sogleich: Der Frauenkongress hat auch einem neuen feministischen Streik für 2023 zugestimmt. Es war nicht umstritten. Denn die konkreten Massnahmen für die Gleichstellung seien trotz dem zweiten Frauenstreik von 2019 «dürftig» geblieben. Ein dritter feministischer Streik sei aus diesem Grund wichtig, weil dieser zweite Streik «uns den Weg gewiesen hat: hin zu einer feministischen Gewerkschaftsbewegung und weg von einer Gewerkschaftsbewegung, die sich nur auf Erwerbsarbeit konzentriert». So steht es im Kongressheft.

Wegweisend war 2019 zum Beispiel die Mobilisierung: sie sei «von Anfang an auf eine andere Art erfolgt, abseits der ausgetretenen Pfade» und in der «speziellen Mischung aus gewerkschaftlich organisierter und anderen Frauen, LGBTIQ\*-Menschen, Migran-

tinnen und Migranten usw.». Wegweisend war auch die thematische Öffnung: hin zur Care-Arbeit, hin zur geschlechtsspezifischen Gewalt usw.

Zwar war das Aufeinanderprallen von verschiedensten Vorstellungen von verschiedensten Vorstellern manchmal anspruchsvoll: «Hierarchische Gewerkschaftsstrukturen stiessen auf Basisbewegungen.» Doch genau so müsse die feministische Gewerkschaftsarbeit der Zukunft aussehen: breit, offen und zu neuen Ufern work hat mit der Power-Frau gesprochen (siehe Interview links).

## FRAUENKONGRESS

Frauen, Freundinnen und Krumme: Der grosse historische Rückblick über Frauen in den Gewerkschaften. Seiten 12–14

aufbrechend. Was das konkret heisst, haben die Kongressteilnehmerinnen in einer Charta festgehalten und verabschiedet (siehe Box).

**ARBEITSZEITVERKÜRZUNG JETZT!** Chrupfen bis ins Grab? Nein danke! Auch da wollen die Kongressteilnehmerinnen ansetzen und finden: Es führt kein Weg an einer Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit vorbei. Für Unia-Chefin Vania Alleva ist es der einzige Weg, wie endlich eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit herbeigeführt werden kann. Die Umsetzung werde zwar «sehr schwierig», so Alleva, aber:

## Feministische Gewerkschaften: Die neue Charta

Der SGB-Frauenkongress hat eine Charta «für eine feministische Gewerkschaftsarbeit» verabschiedet. work dokumentiert sie auszugswise:

- 1. Bezahlte und unbezahlte Arbeit:** Die Gewerkschaften setzen sich für eine gleiche Verteilung dieser Arbeiten zwischen Frauen und Männern ein. Sowie für die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und unbezahltem Engagement.
- 2. Betreuungsarbeit:** Sie liegt in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Die Gewerkschaften setzen sich dafür ein, dass diese als Service public organisiert und durch die öffentliche Hand finanziert wird.
- 3. Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn:** Die Gewerkschaften engagieren sich dafür und kämpfen gegen alle politischen Versuche, die Erwerbsarbeitszeit zu verlängern.
- 4. Lohngleichheit:** Die Gewerkschaften engagieren sich dafür und für Mindestlöhne, höhere Löhne und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere in Berufen, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden.
- 5. Sexismus und Rassismus:** Die Gewerkschaften beziehen die Themen Sexismus, Rassismus, Diskriminierung und Gewalt in ihrer Arbeit ein und bekämpfen sie in allen Formen. Sie fordern die Ratifizierung der ILO-Konvention 190.
- 6. GAV-Verhandlungen:** Die Gewerkschaften beziehen die Gleichstellung konsequent in ihren Verhandlungen ein: Lohngleichheit, Kündigungsschutz bei Mutterschaft, Vorgehen bei sexueller Belästigung und sexualisierter Gewalt usw. müssen klar geregelt sein.
- 7. Senkung des Rentenalters:** Die Gewerkschaften lehnen systematisch jede Erhöhung des Rentenalters ab und setzen sich für eine Senkung des Rentenalters für alle ein. (mjk)

Die ungekürzte Version finden Sie hier: [rebrand.ly/frauen-charta](http://rebrand.ly/frauen-charta)

Prozent gleichkommt. Dies bei wieder zunehmender Lohnungleichheit. Sie will überdies auch noch die Pensionskassenrenten um 12 Prozent senken. Ein richtiges Rentenmassaker, wie work hier vorrechnet: [rebrand.ly/rentenklaue](http://rebrand.ly/rentenklaue). «Immer mehr chrupfen, um immer weniger zu verdienen?» Auch dazu sagten die Delegierten herzhaf «Nein danke!»

Alle Resolutionen des Frauenkongresses im Wortlaut: [rebrand.ly/sgb-frauenkongress](http://rebrand.ly/sgb-frauenkongress).

Die Frauen im Gewerkschaftsbund: Historikerin Dore Heim wirft einen Blick zurück und einen nach vorne

# «Alle Männer hatten einen Stumpfen im Mund und neben der Frau noch eine Freundin im Zentralsekretariat»

**Erst ging's richtig voran mit der Organisation der Frauen in den Gewerkschaften: 1905 wird Margarethe Faas-Hardegger erste SGB-Zentralsekretärin. Doch vier Jahre später wurde sie bereits wieder entlassen. Grund: zu frech! 72 Jahre lang herrschten die Kollegen an der Spitze dann ohne Kolleginnen. Bis eine kam, die Ruth Dreifuss hiess.**

DORE HEIM

20. März 1993, SGB-Frauenkongress in Basel: die vor zehn Tagen gewählte Bundesrätin Ruth Dreifuss hält triumphal Einzug. Ein historischer Moment, überwältigend! Die Tageschau berichtet. Was die TV-Zuschauerinnen und -Zuschauer bei all dem Geklatsche und Gejubel im Saal nicht hören, ist das Pfeifkonzert am Tisch meiner VPOD-Kolleginnen. Ich stelle sie empört zur Rede. Edith Zumbühl und Vreni Heer erwidern aufgebracht: «Du hast ja keine Ahnung! Es ist nicht das erste Mal, dass uns Ruth in den Rücken fällt».

Für mich als damals junge Frauensekretärin der Schweizerischen Journalistinnen- und Journalisten-Union (SJU) waren die VPOD-Kolleginnen feministische Puristinnen, unversöhnlich und moralisch. Ihr Pfeifen eine persönliche Rache an Dreifuss. Heute weiss ich es besser: Schon immer gab es krass unterschiedliche Strategien für die gewerkschaftliche Frauenarbeit.

Sollen wir das Patriarchat in den Gewerkschaften in die Knie zwingen? Das ist die eine. Oder uns an die Spitze der Gewerkschaften vorarbeiten? Das ist die andere. Die erste Strategie klopft nicht an, sondern tritt Türen ein. Die zweite sucht Seilschaften am Berg, auch mit den Kollegen. Sie durchziehen die Geschichte der Frauen im SGB bis heute.

Ich skizziere diese in fünf Phasen. Solche Zäsuren sind immer subjektiv, denn natürlich gab es vor dem Einsetzen meiner Zeitrechnung nicht nichts. Ich mache auch eine subjektive Auswahl der Geschehnisse und Personen. Das hat mit der Quellenlage und mit der zeitlichen Beschränkung meines Referats zu tun. Und ganz wichtig: Die Geschichte der Frauen in den Gewerkschaften der Schweiz ist nicht geschrieben und mit diesem Referat auch nicht erzählt.

**Phase I: Aufbruch und Zerschlagung (1905 – 1924)**

Die Frauen machen Druck, und ein Mann unterstützt sie: Arbeiterführer Herman Greulich.

**Die Autorin: Dore Heim**

Dore Heim (62) ist Historikerin und Gewerkschafterin und lebt in Zürich. Von 1991 bis 1999 war sie Frauensekretärin bei der Schweizerischen Journalistinnen- und Journalisten-Union (SJU), von 1999 bis 2012 Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Zürich und von 2012 bis 2020 SGB-Zentralsekretärin. Im **work** erschienen ist von ihr auch die Portrait-Serie «Stimmen rechts» zu 50 Jahren Frauenstimmrecht. Alle Teile der Serie gibt es hier: [www.rebrand.ly/frauenstimmen](http://www.rebrand.ly/frauenstimmen).

lich. So kommt es 1905 zur Anstellung der ersten Arbeiterinnensekretärin im SGB: Margarethe Faas-Hardegger. Die Anarcho-Syndikalistin ist 22, Mutter eines Kleinkindes und eines Säuglings und verheiratet mit einem unzuverlässigen, kapriziösen Partner, der sie und die Kinder binnen Kürze verlässt. Dennoch chrampt und wirbelt die junge Frau wie wild. Sie ist dauernd zu Auftritten unterwegs, und ihr rhetorisches Talent macht sie schnell berühmt.

Faas-Hardegger setzt sich leidenschaftlich für die Arbeiterinnen ein, unterstützt etwa den Streik der Tabakarbeiterinnen in Yverdon und ruft zum Boykott des Unternehmens auf. Sie prangert öffentlich die Gewerkschafter an, die mit dem Arbeitgeber gegen die Frauen paktieren. Und sie stellt zwei Zeitungen auf die Beine, ohne ihre Kollegen um Erlaubnis zu fragen («Die Vorkämpferin» und «L'Exploitée»).

Ihr respektfreier Umgang mit den Gremien erschreckt ihre Kollegen im SGB und irgendwann auch ihren grossen Förderer Herman Greulich. Innerhalb von vier Jahren erhält Faas-Hardegger dreimal die Kündigung, das dritte Mal definitiv. Ihre Abfindung beträgt mit 112.50 Franken einen halben Monatslohn.

**HÜNI UND BLOCH**

Auftritt Marie Hüni: Sie ist Faas-Hardeggers Nachfolgerin und wird für das neu geschaffene Arbeiterinnensekretariat im SGB angestellt. Sie erhält aber nicht mehr den Status einer Zentralsekretärin. Ihre Kollegen führen sich ihr gegenüber denn auch auf wie Chefs.

Hüni's Schwerpunkt liegt bei der Bildungsarbeit und bei den Textilarbeiterinnen. Und sie setzt sich aktiv für die Auflösung der eigenständigen Strukturen der Frauenarbeit ein. Das ist fatal, weil sie damit auf tragische Weise ihre eigene Arbeitsbasis vernichtet. Der Arbeiterinnenverband wird bereits 1909 aus dem SGB ausgeschlossen und 1917 dann ganz aufgelöst. Ebenfalls 1917 beschliesst der SGB-Kongress, das Arbeiterinnensekretariat abzuschaffen. Die beiden Zeitungen werden 1920 eingestellt. Hüni bleibt noch bis 1924 teilzeitlich im SGB-Sekretariat angestellt. Dann wird sie mit einer Abfindung von 9000 Franken (drei Jahreslöhnen) entlassen.

Jetzt übernimmt die Agitatorin und Publizistin Rosa Bloch-Bollag das Szepter. Sie ist zwar keine Gewerkschaftsaktivistin, aber dank ihr sind die Frauen kurze Zeit das Zentrum jener politischen Bewegung, die 1918 zum Landesstreik führt. Als einzige Frau ist Bloch kurzzeitig Mitglied im «Oltener Aktionskomitee» und führt auch die Marktproteste der Frauen gegen die Wucherpreise an. Als erste Frau redet sie im Zürcher Kantonsparlament, dem sie die Forderungen der Frauenproteste darlegt. Als sich die SP 1920 spaltet, wechselt Bloch zur kommunistischen Partei. Sie ist überzeugt, dass die Gleichstellung der Frauen hier mehr Gewicht hat. Sie sagt: «Das Licht kommt aus dem Osten.» Doch bereits 1922 stirbt Rosa Bloch-Bollag nach einer Kropfoperation.

**Phase 2: Stillstand und freie Fahrt für die Männer (1924 – Mitte 1970er)**

Die Frauen in den Gewerkschaften haben jetzt für ihre Arbeit weder ein nationales Sprachrohr noch ein Arbeiterinnensekretariat. Die Gewerkschaften SEV, VPOD und Smuv publizieren nun halt Frauenseiten in ihren Verbandszeitungen. Dort verwöhnen sie die Leserin mit Haushaltstipps, Kosmetika-Ratschlägen, Tiergeschichten und leichten Kulturbeiträgen.

Die aktiven Gewerkschafterinnen mögen sich damit aber nicht abweisen lassen: Sie verlangen wieder und wieder das Arbeiterinnensekretariat zurück. Zu ihnen gehört auch die Ärztin Marie Huber-Blumberg. Ihr schreibt der langjährige SGB-Sekretär Karl

Dürr 1926 in einem Brief: «Ich will absehen von der persönlichen Qualifikation der bisherigen Sekretärinnen, deren Arbeitsleistung an sich ausserordentlich bescheiden war...» Und weiter: «Ich sehe nicht ein, inwiefern etwa eine Frau unter den Frauen eine wirksamere Propaganda entfalten können soll als ein Mann.» Es folgt der Schlüsselsatz in Dürrs unverblühtem Schreiben: «Solange es uns nicht gelingt, in den Industrien, in denen hauptsächlich Frauen beschäftigt sind, zunächst die Männer zu organisieren, ist unsere Mühe bei den Frauen vergebens.»

Zumindest im SGB machen sich Männer also keine Mühe mehr mit der Sache der Frauen. Anfragen des Internationalen Gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkomitees zur Lage der Arbeiterinnen in der Schweiz lässt man in der Folge unbeantwortet.

**DIE LÜCKENSPRINGERINNEN**

Im Frühling 1937 kommt es in zwei Zifferblattfabriken in Biel und La Chaux-de-Fonds zu Streiks. Die Mehrheit der dort Beschäftigten sind Frauen. Die Streiks sind der Auslöser für das sogenannte Friedensabkommen in der Uhrenindustrie. Es legt den Grundstein für die Sozialpartnerschaft. Bessere Arbeitsbedingungen sollen fortan in Gesamtarbeitsverträgen ausgehandelt werden. Nur: In diesen Gesamtarbeitsverträgen kommen die weiblichen Arbeitnehmenden gar nicht vor. Über Jahrzehnte nicht! Obwohl das sogenannte Friedensabkommen überhaupt nur dank ihnen zustande gekommen ist. Das bedeutet: Die Minderstellung der Arbeitnehmerinnen wird nun auch sozialpartnerschaftlich fixiert.

Und dann kommt der Zweite Weltkrieg. Die erwerbstätigen Männer sind immer wieder für Monate im Aktivdienst. Und die Frauen springen in die Lücke: Lehrerinnen, denen nach der Heirat verboten war zu arbeiten, ersetzen ihre Männer in der Schule. Frauen arbeiten wieder im Büro, auf der Bank und ersetzen ihre Ehemänner – auch bei den Basler Verkehrsbetrieben. Diese bekommen nun dank der Arbeit ihrer Ehefrauen 100 Prozent ihres Lohnes – und nicht nur 80 Prozent Erwerbsersatz. Die lückenfüllenden Ehefrauen dagegen erhalten gar nichts.

**Die Bekämpfung der Frauenarbeit hat in der Uhrenindustrie und der Druckindustrie Tradition.**

1946 beteiligt sich der SGB dann doch noch an einer Gewerkschaftsumfrage. Es geht um die Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Aber die Fragen nach den Forderungen zugunsten der arbeitenden Frauen lässt der Gewerkschaftsbund leer. Es kommt den Sekretären einfach nichts in den Sinn!

**DER ERNÄHRERLOHN**

Ein reaktionäres Familien- und Frauenbild ist nun auf dem Vormarsch. Der «Ernährerlohn» ist das Ziel aller gewerkschaftlichen Anstrengungen: der Lohn des Mannes sichert die Existenz der Familie. Das Frauenstimm- und -wahlrecht lässt auf sich warten. Der wirtschaftliche Aufschwung hält bis Ende der 1950er Jahre an. Frauen und ausländische Arbeitnehmende werden nun zum Konjunkturpuffer. Ein Phänomen, das sich in den 1970er Jahren wiederholen wird. Läuft's gut, sind die Frauen und die Migrantinnen und Migranten auf dem Schweizer Arbeitsmarkt als schlechtbezahlte Arbeitnehmende ohne Rechte hoch erwünscht. Kriselt es, entlässt man sie und schickt sie nach Hause.

Die Bekämpfung der Frauenarbeit hat sowohl in der Uhrenindustrie wie auch in der Druckindustrie eine lange Tradition: Man fürchtet das Vordringen der Frauen in qualifizierte Tätigkeiten und verwehrt ihnen deshalb auch den Zugang zu den Berufsausbildungen (Lithographenbund und Smuv-



**MÄNNERWELT: Abstimmung am 32. SGB-Kongress in Interlaken im Jahre 1953. Zum ersten Mal seit 1930 sprach wieder eine Frau an einem Kongress des SGB. Bis der SGB – nach 1905 – wieder eine Zentralsekretärin wählte, dauerte es gar bis 1981.** FOTOS: SOZIALARCHIV (5) / KEYSTONE (2)



**Die erste SGB-Zentralsekretärin: Margarethe Faas-Hardegger (1882–1963).**



**Die Landesstreikerin: Rosa Bloch-Bollag (1880–1922).**



**Die erste VHTL-Zentralsekretärin: Rita Gassmann (1935–2014).**



**Die erste Frauensekretärin des Smuv: Christiane Brunner.**



**Die zweite SGB-Zentralsekretärin: Ruth Dreifuss.**



**Die erste Unia-Präsidentin: Vania Alleva.**

sektionen). Auch in den Textil- und Lebensmittelbranchen ist die Schlechterstellung der Frauen in den schlechtbezahlten Hilfsarbeiten normal. Leitende Funktionen sind den Männern vorbehalten.

Die Frauenarbeit ist auch vertraglich schlechter entlohnt: für ausschliesslich von Frauen ausgeübte Tätigkeiten sind tiefere Stundenlöhne vereinbart. Frauen und ausländische Arbeitnehmende werden als latente oder akute Bedrohung für Schweizer Männer-Arbeitsplätze wahrgenommen.

Zwar sieht man, dass Frauenarbeit existentiell notwendig und unvermeidlich ist, aber man will sie in Schach halten. Und tut dies mit einer recht perfiden Strategie: In mehreren Verträgen, die die Metallgewerk-

schaft Smuv nach dem Zweiten Weltkrieg abschliesst, steht, dass das zahlenmässige Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen nicht zu Ungunsten der Männer verändert werden dürfe. Ansonsten werde die Gewerkschaft die Durchsetzung der Lohngleichheit für die Frauen verlangen. Was für eine Drohung!

**DIE ENTLASSUNGSRANGLISTE**

Die technische Entwicklung und die Automatisierung in der Uhren-, Lebensmittel- und Textilindustrie führen zu einer Dequalifizierung der Tätigkeiten. Und zu zunehmend schlechteren Arbeitsbedingungen: schlechte Luftqualität, giftige Säuren, Fließband, mehr Monotonie und eine Beschleunigung der Arbeitsabläufe. Jetzt nimmt Frauenarbeit zu. Und auch die Beschäftigung von migrantischen Arbeitnehmenden.

Dies dauert bis zur ersten Nachkriegsrezession von 1958: Sie trifft die Frauen und die

ausländischen Arbeitnehmenden dann aber mit voller Wucht. Sie werden entlassen. In der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre definiert die Smuv-Verhandlungskommission sogar eine EntlassungsranGListe. Diese legt klipp und klar fest, dass Ausländerinnen und Ausländer, kinderlose Schweizerinnen und Ehefrauen schweizerischer Arbeitnehmer zuerst zu entlassen seien.

Die Abwehrhaltung gegenüber den ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleibt übrigens bis weit in die 1970er Jahre die offizielle gewerkschaftliche Position.

Trotzdem: Die Frauen sind als Tatsache auf dem Schweizer Arbeitsmarkt ebenso wenig wegzudenken wie die Migrantinnen und Migranten. Sie organisieren sich in all den Jahrzehnten der schmällichen Missachtung durch ihre eigenen Gewerkschaften hartnäckig in regionalen und lokalen Untergruppen. Ihre Tätigkeit wird von den Funktionä-

ren selten unterstützt, manchmal auch aktiv behindert. Kollegen, die die Frauen als unerwünschte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ansehen, gibt es auch bei den Gewerkschaften VHTL und VPOD. Gerade im öffentlichen Dienst (Verkehrsbetriebe und Beamte) wird das Vordringen der Frauen in massiver Weise bekämpft.

Aber der beträchtliche Frauenanteil bei den Mitgliedern und vor allem die Konkurrenz mit dem Kaufmännischen Verband sorgen dafür, dass Forderungen zur Verbesserung der Frauenarbeit immer wieder Thema in den Gremien sind.

**DIE ILO-NORM 100**

Beide Verbände machen in den 1950er Jahren Druck auf den Bundesrat: Er solle die Norm Nr. 100 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifizieren. Diese fördern den gleichen Lohn für Männer und Frauen für gleichwertige Arbeit.

**RITA GASSMANN**

Treibende Kraft dahinter ist Hermann Leuenberger vom VHTL. Bis 1968 ist er auch SGB-Präsident. Er präsidiert die Ad-hoc-Kommission, die sich ab 1953 mit der ILO-Norm befasst und Empfehlungen an den Bundesrat ausarbeitet. Wie einst Herman Greulich pfadet er den Frauen den Weg. Diesmal zurück in den SGB.

1953 und 1957 finden zwei Frauenkonferenzen statt, und 1959 wird die SGB-Frauenkommission gegründet. 1977 wird dank Leuenberger auch im VHTL die erste Zentralsekretärin angestellt: Es ist Rita Gassmann. 1955 kam sie das erste Mal ins Zentralsekretariat, als 20jährige. Und fand es grässlich, wie sie später einer Historikerin zu Protokoll gibt: «Auf dem VHTL-Zentralsekretariat hatten alle Männer einen Stumpfen im Mund und alle neben der Frau eine Freundin, die beim VHTL arbeitete.» Nun also kommt sie wieder als Zentralsekretärin, bleibt und wird

für Jahrzehnte eine treibende Kraft für die Gleichstellung in den Gewerkschaften.

Die neu gegründete SGB-Frauenkommission tritt behutsam auf, aus Angst, die männlichen Mitglieder zu verprellen. Sie setzt keine Berge, und sie kann die Gewerkschaftspolitik nicht umstellen. Aber die Bedeutung dieser neu etablierten Struktur der Frauenarbeit ermisst sich allein schon an der Tatsache, dass zwischen 1930 und 1953 keine einzige Frau an einem SGB-Kongress geredet hat. Während zweier Jahrzehnte verstummen die Frauen. Im Smuv meldete sich erstmals überhaupt 1970 eine Frau an einem Kongress zu Wort. Aber nun

**1970: Am Smuv-Kongress meldet sich eine Frau zu Wort. Zum ersten Mal überhaupt.**

Fortsetzung auf Seite 14



«Alle Männer hatten einen Stumpfen im Mund ...» Fortsetzung von Seite 13

bot die Struktur der Frauenkommission den Gewerkschafterinnen die Möglichkeit, sich zu vernetzen. Und zu reden.

Damit war die Basis für die feministische Gewerkschaftsarbeit der kommenden Jahrzehnte geschaffen. Die ILO-Norm Nr. 100 zu den gleichen Löhnen unterzeichnet der Bundesrat übrigens erst 1972. Und auch nur für die öffentlichrechtlichen Arbeitsverhältnisse.

**Phase 3: Die Frauen sind da! (1978 – 1993)**

Zwischen der neuen Frauenbewegung und der SGB-Frauenkommission herrschen heftige Berührungängste. Aber dann kommt die entscheidende Wende 1977 doch: mit der Anfrage der Organisation für die Sache der Frau (Ofra), gemeinsam eine Initiative zum Mutterschaftsschutz zu lancieren. Die Gewerkschafterinnen sind dabei, mit ihnen auch die Sozialdemokratische Partei und die Linksparteien Poch und RML. Die Initiative verlangt die volle Deckung aller im Zusammenhang mit der Schwangerschaft und Geburt anfallenden Gesundheitskosten, den vollen Lohnersatz während des Mutterschaftsurlaubs von mindestens 16 Wochen und einen bezahlten Elternurlaub von 9 Monaten!

**Mit dem Frauenstreik vom 14. Juni 1991 wendet sich das Blatt für die Frauen in den Gewerkschaften.**

Die bürgerlichen Parteien und die Grünen sind dagegen. Die Initiative wird am 2. Dezember 1984 mit 84 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Trotzdem geht es jetzt vorwärts mit der Sache der Frauen.

Als erste Gewerkschaft setzt der Smuv 1978 eine Frauensekretärin ein. Es ist die Juristin Christiane Brunner. Sie macht den Job nur etwas mehr als ein Jahr, dann kündigt sie wegen Unvereinbarkeit von Job und Familienpflichten. Und wird stattdessen mit dem Mandat beauftragt, die Smuv-Verhandlungskommissionen zu beraten sowie an Verhandlungen dabei zu sein. Und plötzlich sind Frauenforderungen in den Verhandlungen ein Thema!

**AUFTRITT CHRISTIANE BRUNNER**

1978 machen die VPOD-Frauen ihrer Gewerkschaft ihrerseits Dampf: mit der Gründung einer Frauenkommission. Präsidentin wird die Ökonomin Ruth Dreifuss. Die Kollegen rächen sich am VPOD-Verbandstag von 1979 dafür, dass die Frauen sie vor feste Tatsachen gestellt haben: jeder Auftritt einer Rednerin wird von Gegröle begleitet.

1978 wechseln Dreifuss als Frauensekretärin zum SGB. Erstmals seit 1909 hat dort jetzt wieder eine Frau den Status einer Zentralsekretärin. Und 1982 sorgen die VPOD-Frauen ihrerseits dafür, dass Christiane Brunner VPOD-Präsidentin wird.

1981 wechselt Dreifuss als Frauensekretärin zum SGB. Erstmals seit 1909 hat dort jetzt wieder eine Frau den Status einer Zentralsekretärin. Und 1982 sorgen die VPOD-Frauen ihrerseits dafür, dass Christiane Brunner VPOD-Präsidentin wird.

**BUNDESVERFASSUNG ARTIKEL 4, ABSATZ 2 ...**

Am 14. Juni 1981 nimmt das Volk den Gegenentwurf zur Gleichstellungsinitiative an. Er wird in der Bundesverfassung verankert. Und ermöglicht es den Frauen, Lohndiskriminierung einzuklagen. Es folgen erste Lohnklagen von städtischen Angestellten und aus dem Unterrichtsbereich.

Tiefere Löhne für die Frauen: das akzeptiert 1990 die Verhandlungsdelegation der Gewerkschaft Druck und Papier (GDP) im Gesamtarbeitsvertrag der Buchbinderei. Und die Gewerkschaftsmitglieder segnen das auch noch ab. 22 GDP-Frauen gehen gegen ihre eigene Gewerkschaft vor Gericht. Ein Novum! Und sie erhalten recht. Am Ende muss der GAV neu ausgehandelt werden.

**... UND EIN FRAUENSTREIK**

In der Lohnungleichheit muss endlich was gehen! Davon sind die Smuv-Frauen im Vallée de Joux überzeugt. Sie haben die Nase voll von der andauernd frauenfeindlichen Politik ihrer Gewerkschaft. Es ist eine lang angestaute Wut. Und sie können Christiane Brunner von der Idee eines Frauenstreiks überzeugen. Die Frauen vom VPOD reagieren erst distanziert, weil das Ganze von den Smuv-Frauen kommt, sind dann aber Feuer und Flamme, weil sie merken, dass die Streikidee eine feministische Dynamik entwickelt, die weit über die Gewerkschaften hinausgehen kann.

Und so kommt es, dass am SGB-Kongress von 1990 der Antrag zum Frauenstreik von Varia zum Hauptthema wird. Das erste Mal in der Geschichte der Gewerkschaften. Christiane Brunner setzt ihre ganze Reputation als Gewerkschafterin ein und aufs Spiel. Und es gelingt! Mit dem Frauenstreik vom 14. Juni 1991 wendet sich das Blatt für die Frauen in den Gewerkschaften. Endlich!

**Phase 4: Aufholzeit (1993 – 2004)**

Am 10. März 1993 wird Gewerkschafterin Ruth Dreifuss Bundesrätin. Ihrer Wahl vorausgegangen ist die Nichtwahl von Christiane Brunner nach einer wi-

derlichen Schlammschlacht gegen sie als ursprüngliche Bundesratskandidatin. Dieser «Brunner-Skandal» lässt die Schweiz erbeben und gibt der Sache der Frauen zusätzlich Schub. Schliesslich kandidiert Dreifuss als politische «Zwillingschwester» von Brunner und wird gewählt.

Als Innenministerin ist sie auch für die Sozialversicherungen zuständig. Dort klaffen für die Frauen grosse Gesetzeslücken. Einige können in den folgenden Jahren geschlossen werden. Ein historischer Glücksfall, dass nun alle Frauen dasselbe wollen: In der Schweiz soll endlich die Basis für die Gleichstellung der Frauen gelegt werden.

Und erstmals erhält der SGB 1994 nun auch seine erste Co-Präsidentin. Es ist Frauen-Ikone Christiane Brunner, die sich das Amt mit Vasco Pedrina von der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) teilt. 1996 kommt das Gleichstellungsgesetz – ohne Referendum! Allerdings auch mit Kompromiss beim Kündigungsschutz.

- 1997 kommt die 10. AHV-Revision. Sie bringt das Rentensplitting anstelle der Ehepaarrente, eine Erwerbsrente für die Frauen.
- 2000 kommt das revidierte Scheidungsrecht mit der Teilung der Guthaben der Altersvorsorge.
- 2002 kommt die Fristenregelung.
- 2004 kommt die Mutterschaftsversicherung.

**Phase 5: Finanzkrise, Rahmenabkommen und nochmals ein Streik (2007 – 2020)**

2007 kommt die internationale Finanzkrise. Die gewerkschaftliche, aber auch die politische Dynamik für die Gleichstellung sacken ab. Die Frauensekretärinnen und die Frauenkommissionen können nur kleine Brötchen backen. Ich war in diesen Jahren Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Zürich und ab 2012 wieder Gewerkschaftssekretärin. Diesmal als Zentralsekretärin beim Gewerkschaftsbund. Das nun alles beherrschende Thema der SGB-Politik ist die Altersvorsorge und ist es bis heute.

2015 beschliesst die Schweizerische Nationalbank die Aufhebung des Franken-Mindestkurses gegenüber dem Euro. Die nun alles beherrschende Thematik im SGB wird nebst der Altersvorsorge die Bekämpfung des aufgeblähten Frankens.

Immerhin erfolgt für die Frauen im gleichen Jahr ein weiterer personalpolitischer und epochaler Schritt: Die grösste Schweizer Gewerkschaft Unia wählt Vania Alleva als alleinige und vollamtliche Präsidentin an ihre Spitze. In ihren Verantwortungsbereich gehören so zentrale («Männer»)Branchen wie der Bau und das Gewerbe. Aber auch die Industrie und der wachsende Dienstleistungssektor.

**Der zweite Frauenstreik ist die grösste politische Demonstration der neueren Geschichte.**

Und dann kommen ab 2018 die Unruhen und das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union. Die Bundesräte Ignazio Cassis und Johann Schneider-Ammann bieten der EU-Kommission die Schleifung des Schweizer Lohnschutzes an. Der SGB zieht die Reissleine, schliesslich sind diese flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit eine historische Errungenschaft der Gewerkschaften. Für sie wird diese offene Flanke jetzt zur Existenzfrage, die um jeden Preis geschlossen werden muss. Und die Altersvorsorge und der starke Franken bleiben zentrale Themen. Das bindet Ressourcen.

Doch da kommt die Initiative zum zweiten Frauenstreik. Und wieder kommt sie aus der Westschweiz. Diesmal aber von ausserhalb der Gewerkschaften.

**DER ZWEITE STREIK**

Die Gewerkschafterinnen greifen den Ball zwar schnell auf. Doch sie stehen unter hohem Druck innerhalb der Gewerkschaften, aber auch im Zusammenspiel mit den Aktivistinnen. Bis praktisch am Morgen des 14. Juni 2019 ist nicht klar, ob auch der zweite Streik gelingen wird. Doch dann strömen eine halbe Million Frauen und Männer auf Strassen und Plätze der Schweiz. Mit grenzenloser Kreativität und unbändiger Macht. Der zweite Frauenstreik wird zur grössten politischen Demonstration der neueren Geschichte.

Und all das, was dieser historische Streik thematisiert, ist seit Beginn der gewerkschaftlichen Organisation von Frauen brennend aktuell:

- Care-Arbeit: unbezahlt oder schlecht bezahlt. Endlich fair verteilen und gut entlohnen!
- Endlich Lohnungleichheit!
- Sexuelle und sexistische Gewalt: Endlich bekämpfen und nicht mehr zulassen!
- Mutterschaftsschutz, Elternurlaub: Endlich ausbauen!

\* Dieser Text ist eine überarbeitete und leicht gekürzte Version des Referats, das Dore Heim am SGB-Frauenkongress vom 12./13. November 2021 hielt.



SINGULÄR: Christiane Brunner an einem Sitzungstisch voller Männer. FOTO: SOZIALARCHIV



NACH 72 JAHREN: Ruth Dreifuss wird zur SGB-Zentralsekretärin gewählt. FOTO: KEYSTONE



ZEITENWENDE: Die Rocksängerin Vera Kaa, SGB-Co-Präsidentin Rita Gassmann und Streikkoordinatoren Elfie Schöpf an einer Medienkonferenz zum Frauenstreik. FOTO: KEYSTONE



DIE GRÖSSTE: Der zweite Frauenstreik wurde zur grössten politischen Demonstration der neueren Schweizer Geschichte. FOTO: UNIA



BETREUERIN MARIA PAZ VIUDEZ: «Es ging ihnen offenbar nicht um meine Arbeit!» FOTO: KARINA MUENCH

Behindertenzentrum kündigt der Mitarbeiterin Paz Viudez (60) kurz vor der Rente

# Rauswurf nach 19 Dienstjahren!

Die längste Zeit ihres Erwerbslebens hat Betreuerin Maria Paz Viudez im Zentrum Mittengraben in Interlaken BE gearbeitet. Dann erhielt sie ohne Verwarnung die Kündigung.

JOHANNES SUPE

Nach 19 Jahren ist plötzlich Schluss. Fast zwei Jahrzehnte hat Maria Paz Viudez im «Zentrum Mittengraben» (Zemi) in Interlaken gearbeitet. Dort betreute und unterstützte sie Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung. Doch nach längerer Krankheit erhielt sie plötzlich den blauen Brief. Für die 60jährige ist es eine Katastrophe: Wenige Jahre vor der Rente muss sie sich nun eine neue Stelle suchen.

## WERT AUF GESTALTUNG...

Im August 2002 fängt Viudez im regionalen Behindertenzentrum an. In der Betreuung hatte sie schon Jahre zuvor gearbeitet, unter anderem in einem Heim in Ringgenberg BE. Nun kommt sie zur grösseren Einrichtung, bei der sich rund 170 Beschäftigte um beeinträchtigte Kinder und Erwachsene kümmern. Die

## «Sie kommen mit meinem Charakter nicht zurecht.»

BETREUERIN MARIA PAZ VIUDEZ

Arbeit mit der Wohngruppe liegt ihr sofort. Die Beziehungen zu den «Klientinnen und Klienten» schätzt sie sehr: «Ich nenne sie aus Respekt Klienten, denn ich bin angestellt, um mit ihnen und für sie zu arbeiten», sagt sie. Ein Aspekt, der ihr besonders zusagt: Das Zemi legt Wert auf Gestaltung, hat dafür eigens ein Atelier eingerichtet. Also holt sie eine Ausbildung zur Gestaltungspädagogin nach.

## ... ABER NICHT AUF LÖHNE

Dann aber ändert sich etwas im Betrieb: Viudez erhält einen neuen Chef. Und gegen ihren Willen muss sie 2012 die Wohngruppe wechseln: «Dabei hatte ich eine starke Beziehung zu den Klienten aufgebaut!» Das Verhältnis zum neuen Chef und zum Abteilungsleiter, dem sie nun untersteht, startet entsprechend schwierig.

Ohnehin sei die Stimmung in den Teams häufig gedämpft, so Viudez. Die Arbeit wird hauptsächlich von Frauen mit Teilzeitstellen erledigt. Ihr Engagement sei teils enorm, ihr Verdienst aber nicht. Viele würden Überstunden leisten, teils ohne sie aufzuschreiben. Doch an Wertschätzung durch die überwiegend männlichen Führungskollegen mangle es.

Damit die Arbeit nicht gar zu viel wird, versucht Betreuerin Viudez sich abzugrenzen. So tritt sie etwa einer Whatsapp-Gruppe der Firma nicht bei. Wenn die Arbeit beendet sei, müsse sie abschalten können, sagt sie. Beim Abteilungsleiter kommt das nicht gut an.

## DER ZUSAMMENBRUCH

Mehrfach wird Betreuerin Viudez vorgeschlagen, von der Betreuung der Wohngruppe ins Atelier zu wechseln. Dazu sei sie auch bereit gewesen, sagt sie: «Aber ich wollte die kreative Leitung und 500 Franken mehr Lohn!» Doch von der Leitung erhält sie eine Absage. Sie sei schliesslich keine Sozialpädagogin, deren Arbeit besser vergütet würde. Auch ihr Antrag auf unbezahlten Urlaub wird abgelehnt, jener einer Kollegin jedoch bewilligt.

Anfang 2021 soll Viudez eine neue Kollegin in ihrem Team einarbeiten. Viudez und die jüngere Kollegin geraten aneinander. Eigentlich handelt es sich nur um eine Lappalie: Wer von beiden soll den Einkauf erledigen? Schliesslich entscheidet der Abteilungsleiter, dass der Älteren die Aufgabe zufalle. Dies, nachdem ihr kurz davor

## Zemi: Und das sagt die Firma

Auf Anfrage von work äusserte sich das Zentrum Mittengraben nicht zum Fall. Grund dafür seien Datenschutzvorgaben. Aus dem Schreiben einer beauftragten Advokatur geht jedoch hervor, dass die Firma Betreuerin Viudez «mangelhaftes Verhalten im Team und ihre direkte Kommunikation» vorwirft, die zu Streit im Team geführt habe. Eine Mitarbeiterin habe demnach wegen Viudez gekündigt, eine andere um ihre Versetzung gebeten. Mehrfach habe das Unternehmen seine Anforderungen an Viudez kommuniziert und auch einen Stellenwechsel angeboten, bereits die Versetzung 2012 sei aufgrund fehlender Teamfähigkeit erfolgt. Es liege demnach keine missbräuchliche Kündigung vor.

**KORREKT.** Das Schreiben geht jedoch nicht darauf ein, weshalb Viudez denn nie eine Verwarnung ausgesprochen wurde. Auch bleibt offen, warum das Zemi Viudez noch 2016 ein Zwischenzeugnis ausstellte, in dem der Betrieb der Mitarbeiterin bescheinigte, «korrekt, kooperativ und konstruktiv» mit Team und Vorgesetzten umzugehen. (jos)

schon andere Zusatzarbeiten rübergeschoben wurden. Zudem wird Viudez zu einem Einzelgespräch eingeladen.

Da wird es Maria Paz Viudez zu viel, weil sie vermutet, man wolle sie los werden: «Ich habe mich wirklich ausgeliefert gefühlt», sagt sie. Sie erleidet einen Zusammenbruch und ist fast zwei Monate lang krank geschrieben. Als sie Ende Mai zurückkehrt, geht es Schlag auf Schlag.

## DER RAUSWURF

Viudez muss zum Abteilungsleiter. Der gibt ihr zu verstehen, dass es die Heimleitung «befremdend» finde, dass sie nach der Ankündigung eines Gesprächstermins krank geworden sei. Und man wirft ihr mangelnde Teamfähigkeit vor. Eine Verwarnung aber bleibt aus. Ein paar Tage später gibt es abermals ein Gespräch, diesmal zusammen mit der neuen Kollegin. Die Leitung fordert eine bessere Kommunikation zwischen den beiden. Abermals gibt es keine Verwarnung. In den folgenden Wochen arbeiten die beiden Frauen nicht mehr miteinander. Gut drei Wochen später erhält Viudez aber die Kündigung. Ohne Vorwarnung! Für die langjährige Mitarbeiterin ist das kaum zu fassen: «Es ging offenbar nicht um meine Arbeit. Sie kommen einfach mit meinem Charakter nicht zurecht», sagt sie.

Eine andere Person, die langjährig für das Zemi tätig war, bestätigt gegenüber work Viudez' Schilderung. Der Rauswurf sei unverständlich, sagt diese. Ihre Arbeitskollegin sei bestimmt nicht der Ursprung der schlechten Stimmung in der Equipe gewesen.

Die Details werden nun die Gerichte klären müssen. Denn Viudez hat sich hilfesuchend an die Unia gewandt, und die vermutet eine missbräuchliche Kündigung. Gerade bei älteren Beschäftigten haben Firmen nämlich eine besondere Fürsorgepflicht. Folgt das Gericht der Unia-Argumentation, wird das Behindertenzentrum Zemi mehrere Monatslöhne an Viudez zahlen müssen. work bleibt dran.

## Landesstreik 1918: Neues Denkmal

Dank den Gewerkschaften hat Biel jetzt ein Landesstreik-Denkmal. Es ist erst das dritte in der Schweiz.

JONAS KOMPOSCH

Ein Eisenbahnpuuffer, ein Blitzableiter und eine Bronzetafel erinnern auf dem Bieler Neumarkplatz neuerdings an den Landesstreik von 1918. Das Ensemble ist ein Werk des Solothurner Künstlers Pavel Schmidt und geht auf eine Initiative von Unia-Mann Jesús Fernandez zurück. Am 12. November feierte der Gewerkschaftsbund Biel-Lyss-Seeland seine Einweihung. Dazu Co-Präsident Alain Zahler: «Lange war der Generalstreik kein Thema in unserem Land. Auch in den Schulbüchern war darüber nichts zu lesen.» Das habe sich



WIDER DAS VERGESSEN: Diese Bronzetafel erinnert an den Landesstreik. FOTO: MANU FRIEDERICH

zum Glück geändert. Doch auch heute gelte es, die Erinnerung an das Jahrhundertereignis wachzuhalten.

Tatsächlich gibt es nur zwei weitere vergleichbare Landesstreik-Memorials in der Schweiz: in Olten seit 2008 eine Skulptur von Schang Hutter und in Grenchen eine Gedenktafel für drei vom Militär erschossene Arbeiter.

# Erfolgreicher Widerstand gegen Saatgut-Patente der Bierkonzerne Das ist unser aller Bier!

Die globalen Bierkonzerne Carlsberg und Heineken fluten die Ämter mit Anfragen für die Patentierung von Gerste und Bier. Jetzt hat das Bündnis «Keine Patente auf Saatgut» die Flut gestoppt.

RALPH HUG

Da staunten die Mitarbeitenden des Europäischen Patentamts (EPA) nicht schlecht: Am Mittwoch, 13. Oktober, fanden sie vor ihren Büros in München genau 38 leere Bierflaschen vor. Aus jeder lugte ein Wappen hervor – jener Staaten, die Mitglieder des Patentamts sind. Auch der Schweiz. Die Flaschen dürften ihnen kaum gefallen haben. Noch weniger die Plakate, die eine Gruppe von Demonstrierenden hochhielt: «Keine Patente auf Saatgut!»

Seit Jahren macht ein internationales Bündnis von Nichtregierungsorganisationen gegen das Patentamt mobil. Aus der Schweiz sind Public Eye (vormals Erklärung von Bern), Swissaid und Pro Specie Rara dabei. Der Grund:

**Carlsberg und Heineken haben das Bierbrauen nicht erfunden.**

Immer häufiger erteilt die Behörde ihren Segen für manipulierte Pflanzen. Konzerne wollen solche patentieren lassen, um sich vor Konkurrenz zu schützen und mehr Profit zu machen. Doch auf Pflanzen oder Saatgut darf es keine Patente geben, fordert das Bündnis. Es gehe hier um Leben und nicht um Verfahren oder Erfindungen, die patentierbar seien.

Auch haben Carlsberg und Heineken das Bierbrauen nicht erfunden – es wird schon seit Tausenden Jahren angewendet. Braugerste ge-

hört somit allen Bäuerinnen und Bauern und nicht nur einzelnen Unternehmen, die daraus Profit schlagen.

### EIN WICHTIGER TEILERFOLG

Besonders aktiv sind Bierkonzerne wie Heineken oder Carlsberg. Gemäss Recherchen des Bündnisses haben sie Hunderte von Patentgesuchen für Braugerste gestellt. Einige hat das Patentamt bereits genehmigt. Dies will das Bündnis stoppen. Es hat gegen die Erteilung Beschwerde eingelegt, der Streit ist noch nicht entschieden. Doch scheint der Protest jetzt zu wirken: Vor kurzem haben Carlsberg und Heineken verlauten lassen, dass sie das umstrittene Patent mit der Nummer EP2384110 widerrufen wollen. Das Patent umfasst Braugerste und das daraus hergestellte Bier. Judith Düesberg vom Bündnis freut sich: «Ein wichtiger Teilerfolg!» Doch nicht genug. Sie verlangt die Rücknahme sämtlicher Patente auf Bier.

### BIERKONZERNE TRICKSEN

Gegen solche Patente wurde jüngst vermehrt Kritik laut. Nicht nur Züchterinnen und Züchter, sondern auch Brauereien zeigen sich skeptisch. Sie befürchten, dass die Patente ihre eigenen Zuchtversuche behindern könnten. Bei den Patenten auf Gerste tricksen die Bierkonzerne: Sie verwischen absichtlich die Grenzen zwischen konventioneller Züchtung und Gentechnik. Sind die Patente einmal erteilt, können sie sich auch auf Pflanzen mit zufälligen Mutationen erstrecken. Mutationen aber sind keine patentierbare technische Erfindung, sondern ein natürlicher Prozess. Das stört das EPA jedoch nicht – Patent erteilt und Prost!



PROST! Braugerste gehört nicht nur den Konzernen. FOTO: PIXABAY

INSERAT



## work ist dort, wo die Chrampferinnen und Chrampfer kämpfen.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit  
für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) +++

300 Jahre Hindelbank: Ausstellung und Buch über das Frauengefängnis

# «Viva la libertà!»



SCHLOSS HINDELBANK: Aussen verschnörkelte Villa, innen schnörkelloses Gefängnis. FOTO: MARKUSBEYELER.CH

**Weggesperrt ohne Urteil, als Forschungsobjekt missbraucht und ins «Loch» geworfen: So erging es früher vielen Frauen in der Anstalt Hindelbank im Kanton Bern. Heute gibt das Gefängnis Frauen zumindest den Raum, sich eine Zukunft zu erträumen.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Die verschnörkelte Barockvilla eines steinreichen Berner Patriziers wird zur schnörkellosen «Anstalt» für meist mausarme Frauen: Seit 300 Jahren steht das Schloss neben dem gleichnamigen Dorf, seit 125 Jahren dient es als Anstalt für Frauen. Zu diesem Doppeljubiläum gibt es jetzt eine Ausstellung und ein tolles Buch:

«Hindelbank. Das Schloss. Die Anstalt. Das Dorf. 1721 bis heute». Darin schreiben Historikerinnen und Journalisten ein Stück Schweizer Strafvollzugs- und Frauengeschichte, untermalt mit eindrücklichen Einzelschicksalen. Zum Beispiel Marie Sophie Wyss, genannt «Äffli»: Sie litt an Mikrozephalie («kleiner Kopf»). Als Forschungsobjekt wurde sie herumgereicht, jedoch nie adäquat betreut. Mit 16 Jahren starb sie an Typhus. Noch am Todestag wurde sie ins Anatomieinstitut der Universität Bern gebracht, wo ihr Skelett bis heute einen festen Platz in der Sammlung hat. Das war 1866.

Im gleichen Jahr kaufte der Staat Bern das Schloss, um daraus eine «Verpflegungsanstalt» für Arme zu machen. Das Leben der Frauen war strengstens reglementiert, sogar die Dicke der drei Tage alten Brotscheiben war vorgeschrieben. Anna Schaller wehrte sich 1872 in einem Brief an die Behörden, es gebe nur alle «2 Tage Erdöpfeln u. nur kleine stükli brod». Wer nicht parierte, kam ins «Loch», einen eiskaltem Kellerraum ohne Fenster. Keine Frau hielt sich freiwillig im Schloss auf. Viele wurden wegen ihrer «Lebensweise» dort platziert, aus Armut oder weil sie nicht den bürgerlich-patriarchalen Moralvorstellungen entsprachen.

Keine Sorgen um seine Lebensweise machte sich Hieronymus von Erlach, der den Prunkbau um 1721 erbauen liess. Als Söldner in französischem Dienst hatte er eine Frau geschwängert und war zum Katholizismus übergetreten. Weder das uneheliche Kind noch die für Bern «falsche» Religion waren ein Hindernis, in die reichste Patrizierfamilie jener Zeit einzuheiraten.

## AUF DEN «RECHTEN PFAD»

1896 wurde Hindelbank zur «Zwangsarbeitsanstalt für Weiber». Den Gefangenen wurde «Müssiggang, Arbeitsscheu oder liederlicher Lebenswandel» angelastet, alles keine Straftaten. Die Frauen sollten mit Zwangsarbeit – 10 bis 12 Stunden pro Tag – auf den «rechten Pfad» geführt werden. Hindelbank war die billige Waschküche und Flickstube der Berner Kantonalbehörden. Erst ab 1912 wurden auch verurteilte Straftäterinnen in Hindelbank untergebracht. Die erste Zentralsekretärin des Gewerkschaftsbundes, Margarethe Hardegger, war ebenfalls dort. Weil sie Frauen zur Abtreibung verholfen hatte. Die gemeinsame Unterbringung von Straf-

gefangenen und administrativ Versorgten dauerte bis 1981, als endlich die administrative Versorgung aufgehoben wurde.

Jahrzehntlang investiert der Kanton Bern kaum in das Frauengefängnis. Der Sohn von Fritz Meyer, Gefängnisdirektor von 1950 bis 1983, erinnert sich: «Bei den Frauen sind in einem kalten Winter sogar die Nachtöpfe gefroren.» Bis in die 1970er Jahre gab es in Hindelbank keinen Wachdienst. Sohn Meyer: «Um 22 Uhr lief Vater noch einmal ums Schloss, sagte, es sei ruhig, und ging schlafen.» Nicht verwunderlich, dass die Frauen Fluchtversuche wagten. Doch Direktor Meyer blieb gelassen: «Wir können diese Fluchten nicht sehr tragisch nehmen. Sie gehören fast mit ins Programm.» Und: «Von den beiden Flüchtlingen kommt eine Karte aus Basel. Mit Sprüchen wie «Viva la libertà» – dabei das Anarchy-Zeichen – oder «Born to be free.»

## ZUKUNFTSTRÄUME

Heute ist Hindelbank das einzige Frauengefängnis in der Deutschschweiz. 107 Frauen leben dort, darunter Mütter mit ihren Kleinkindern – und eine Katze. Wovon träumen diese Frauen hinter den Schlossmauern? Fotografin Yoshiko Kusano hat die Träume von 24 Eingewiesenen inszeniert. Entstanden ist eine Serie von Portraits, die unter



UNFREIES LEBEN: Frau am Brunnen in der Anstalt Hindelbank, etwa 1920. FOTO: BURGERARCHIV BURGDORF

die Haut gehen: Da ist Anja T., die Arme von Verletzungen gezeichnet. Sie posiert mit Zylinder. «Meine anderen Wünsche lassen sich ohnehin nicht realisieren...» Oder Cecilia W., die auf Rollschuhen durch die Gänge ihrer Wohngruppe flitzt. Andrea R. posiert in Anzug und Kravatte: «Ich träume davon, ein Mann zu werden.» Béatrice Nd. wünscht sich ein schönes Haus. Und sagt: «Ich bin keineswegs unschuldig. Aber ich werde den Eindruck nicht los, dass es zwei Arten von Justiz gibt: eine für die Armen, die sich nicht wehren können, und eine für die Reichen, die sich einen guten Anwalt leisten.»

**Hindelbank. Das Schloss. Die Anstalt. Das Dorf. 1721 bis heute.** Sinwel Verlag, 304 Seiten. **Ausstellung** in der Justizvollzugsanstalt Hindelbank bis 27. November. [ausstellunghindelbank.ch](http://ausstellunghindelbank.ch)

Buchvernissage

## Die grosse Wende

Die 1990er Jahre waren geprägt von Privatisierungen, Sozialabbau und dem Aufstieg der SVP. Das forderte die Gewerkschaften gewaltig heraus. Neue Strategien mussten her und griffige Strukturen. Eine Folge davon: die Fusion verschiedener Branchengewerkschaften zur Unia im Jahr 2004. Massgeblich organisiert hatten diese Hochzeit Vasco Pedrina und Hans Schättli. In ihrem neuen Buch «Die grosse Wende der Gewerkschaftsbewegung» blicken sie zurück – und hinter die Kulissen: Welche Rolle spielten die «68er» im Erneuerungsprozess? Wie gut gelang die Trendumkehr? Und welche Herausforderungen gilt es heute zu meistern? (work berichtete: [rebrand.ly/grosse-wende](http://rebrand.ly/grosse-wende).) Über letzteres debattieren die Autoren auf dem Podium mit Unia-Präsidentin Vania Alleva; Natascha Wey, stellvertretende VPOD-Generalsekretärin; Unia-Bausekretär Chris Kelley und Klimaaktivist Antonin Rohdich. Die Historikerin Annette Hug moderiert.

Vasco Pedrina und Hans Schättli: **Die grosse Wende der Gewerkschaftsbewegung**, Rotpunktverlag, 256 Seiten, CHF 25.–. Buchvernissage und Podiumsdiskussion: 25. November, 19.15 Uhr, Volkshaus Zürich. Freier Eintritt.

Stadtplanung

## 100 Jahre rotes Biel

Im Juli 1918 hagelt es in Biel Kugeln – aus Gewehrläufen von Soldaten, aufgeboden, um eine Hungerdemonstration der Arbeiterschaft niederzuschlagen. Zahlreiche Verletzte und ein Toter sind die Folge. Die Quittung kommt mit dem Landesstreik – Biel



FOTO: WWW.NMBIEL.CH

macht fast geschlossen mit – und abermals mit den Wahlen 1921: Die Linke erobert die Parlamentsmehrheit, der Eisenbahner Guido Müller wird erster SP-Stadtpräsident. Eine neue Ära beginnt. Das «rote Biel» profiliert sich mit Industriepolitik, kommunalem Wohnungsbau und städtebaulichen Modernisierungen im Stil des «neuen Bauens». Diesem architektonischen und politischen Aufbruch widmet das Neue Museum Biel jetzt eine hochinteressante Sonderausstellung samt Quartierführungen.

**100 Jahre Rotes Biel**, Neues Museum Biel, Seeworstadt 52, Biel. Bis 27. Februar. Eintritt: CHF 6.– bis 11.–. [nmbiel.ch](http://nmbiel.ch)

Neues Satiremagazin

## Die Petarde

Schweizer Satirikerinnen und Satiriker schlagen Alarm: Immer öfter würden sie von bierernsten Politikern verklagt. Oder von Verlagshäusern glatt weggespart. Und der Nebelspalter? Das traditionsreiche Schweizer Satireheft (seit 1875) ist vom humorlosen Publizisten Markus Somme aufgekauft und zum rechten Meinungsblog kaputtgewandelt worden. Deshalb hat eine Gruppe von bekannten Spottkünstlerinnen und Karikaturisten ein neues Satiremagazin für die Schweiz lanciert: Die Petarde! Doch damit die so richtig knallt, braucht es noch Unterstützung für den Startschuss. Denn die Petarde will frei sein von Zensur, Investoren und Medienkonzernen.

Reinschnuppern und spenden auf [petarde.ch](http://petarde.ch)



**Das offene Ohr**

**Regula Dick**  
von der Unia-Rechtsabteilung  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

Die Invalidenversicherung (IV): Von der Anmeldung bis zur Eingliederung oder Rente

# Erst kommt die Bürokratie, danach die Hilfe

**Die Arbeitsfähigkeit zu verlieren ist hart. Da mögen Sie gar nicht dran denken. Aber was, wenn doch? Ein Blick auf die gestrengen Spielregeln der Invaliditätsversicherung.**

MARTIN JAKOB

Schon dieses Wort: INVALID! Abgeleitet aus dem Lateinischen bedeutet es so viel wie «ohne Wert». Diskriminierung pur. Angewandt auf das Versicherungsrecht bedeutet Invalidität schlicht, dass jemand wegen gesundheitlicher Probleme einen wirtschaftlichen Schaden erleidet. Zum Beispiel, weil es eine Krankheit oder ein Unfall ganz oder teilweise unmöglich macht, mit Lohnarbeit Einkommen zu erzielen. Wie gehen Sie vor, wenn Ihnen das passiert?

## ERSTER KONTAKT ZUR IV

Waren Sie über längere Zeit (30 und mehr Tage) arbeitsunfähig oder müssen Sie sich immer wieder krank melden und befürchten ein Invaliditätsrisiko, können Sie sich zur Früherfassung an die kantonale IV-Stelle wenden. Dies kann auch durch Ihre Ärztin, Ihre Versicherung oder Ihre Firma geschehen – Ihr Einverständnis vorausgesetzt. Vorteil dieser Früherfassung: Die IV kann je nach Situation besondere Massnahmen sprechen, bevor der Anspruch auf Leistungen formell geklärt ist.

## DIE FORMELLE ANMELDUNG

Erst mit der IV-Anmeldung stellen Sie ein formelles Gesuch um Leistungen. Sie können sich dabei von sachkundigen Vertrauenspersonen unterstützen lassen. Sie müssen das Gesuch aber eigenhändig unterzeichnen. Darauf eröffnet die IV das Abklärungsverfahren. Dafür greift sie auf das medizinische Dossier zu, kontaktiert andere betroffene Versicherungen, je nachdem auch die Firma, bei der Sie zurzeit arbeiten. Überdies kann die IV eine neue Begutachtung verlangen, wozu sie ihren Regionalen Ärztlichen Dienst (RAD) aufbietet oder externe Gutachter beauftragt.

## ENTSCHEIDUNG UND VERFÜGUNG

Bereits in der Abklärungsphase kann die IV Massnahmen zur Frühintervention anordnen. Diese

Anordnungen sind verpflichtend, wenn Sie die Chance auf weitere IV-Leistungen wahren wollen. Innerhalb von 12 Monaten ab Anmeldung fasst die IV einen Grundsatzentscheid, ob Ihnen Eingliederungsmassnahmen – zum Beispiel eine Umschulung – zumutbar sind oder eine Rente gesprochen wird. Auf den Grundsatzentscheid folgt schliesslich die definitive Verfügung.

## HÖHE DER LEISTUNG

Verfügt die IV Eingliederungsmassnahmen, kommt sie für ihre Kosten auf. Für eine Rente der IV müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Die Arbeitsfähigkeit besteht ohne Unterbruch seit mindestens einem Jahr, und sie beträgt mindestens 40 Prozent.

Für die Berechnung des Prozentwerts zieht die IV einen Vergleich zwischen dem möglichen

## Die Berechnung des Invaliditätsgrads ist je nach Fall kompliziert.

Einkommen ohne Gesundheitschaden und dem Einkommen, das trotzdem noch erzielbar ist. Beispiel: Wer voll berufstätig war und nun nur noch zu 50 Prozent im gleichen Job arbeiten kann, hat einen Invaliditätsgrad von 50 Prozent und erhält eine halbe Rente. Wer nur noch zu 50 Prozent arbeiten kann, und das nur in einem Job, in dem er halb so gut verdient wie bisher, kommt auf einen Invaliditätsgrad von 75 Prozent und erhält eine volle Rente (ab 70 Prozent). Für Personen, die Teilzeit oder ausschliesslich im Haushalt gearbeitet haben, wird auch geprüft, ob und wie weit Hausarbeiten noch ausgeführt werden können. Dieser Wert fliesst ebenfalls in die Berechnung des Invaliditätsgrads ein.

Die Höhe der Rente wird analog zur AHV-Rente festgelegt: Je nach bisher bezahlten Beiträgen liegt die Rente bei einem Invalidi-



## WORKTIPP

### UND BEI UNFALL?

Als Arbeitnehmende sind Sie gegen Berufsunfälle obligatorisch versichert, ab acht Arbeitsstunden pro Woche auch gegen Unfälle in der Freizeit. Bei einem Invaliditätsgrad von 100 Prozent bezahlt die Unfallversicherung (UV) eine Rente von 80 Prozent des versicherten Verdiensts, bei geringerer Invalidität entsprechend weniger. Im Gegensatz zur IV richtet die UV bereits ab einem Invaliditätsgrad von 10 Prozent eine Rente aus. Erhalten Sie von IV und UV eine Rente, beträgt diese maximal 90 Prozent des bisherigen Lohns.

### ROLLSTUHL-LOGIK: Für die IV-Leistungen zählt, ob die bisherige Arbeit weiterhin ausgeübt werden kann oder nicht.

FOTO: GETTY

Sicht. Sind Sie mit der nachfolgenden Verfügung nicht einverstanden, erheben Sie Beschwerde. In erster Instanz ist das kantonale Versicherungsgericht zuständig, in zweiter Instanz das Bundesgericht. Es ist ratsam, diesen Weg nicht ohne Unterstützung zu gehen, denn die Verfahren sind kompliziert und kostenpflichtig. Beratend tätig sind zum Beispiel die Verbände Pro Infirmis (**proinfirmis.ch**) und Procac (**procac.ch**).

➔ **TIPP:** Als Mitglied können Sie von der Unia auch in IV-Fragen Rechtsschutz erhalten.

## IV-RENTE UND PENSIONSKASSE

Ein IV-Rentenentscheid ist grundsätzlich auch für die Pensionskasse verpflichtend und löst auch dort eine Rente aus. Dies gilt für den obligatorischen Bereich der

zweiten Säule und nur für den Invaliditätsgrad, der für Ihre Erwerbstätigkeit berechnet wurde. Für den überobligatorischen Bereich gilt das Reglement Ihrer Pensionskasse. Darin sind allenfalls grosszügigere Leistungen vorgesehen – nachfragen lohnt sich! Bei unfallbedingter Invalidität kommt je nach Fall auch eine IV-Rente der Unfallversicherung hinzu (siehe work Tipp).

## WENN DIE RENTE NICHT REICHT

Wenn das Einkommen aus den Renten (IV, Pensionskasse plus je nachdem Unfallversicherung) und einem allfälligen Lohnerwerb nicht ausreicht, haben Sie Anspruch auf Ergänzungsleistungen.

## PERIODISCHE ÜBERPRÜFUNG

IV-Renten werden immer unter

dem Vorbehalt gesprochen, dass die Situation unverändert bleibt. Verändert sie sich zum Guten oder zum Schlechten, kann die Rente angepasst werden. Versicherte haben deshalb eine Meldepflicht. Zudem führt die IV periodisch

## Reichen die Renten nicht aus, helfen Ergänzungsleistungen.

Revisionen durch. Eine spätere Erhöhung des Invaliditätsgrads ist ebenso möglich wie seine Senkung oder gar die Aberkennung des Rechts auf IV-Rente. Eine Kürzung oder Streichung der Rente ist oft hart. Immerhin stehen Ihnen gegen einen solchen Entscheid die gleichen Rechtsmittel zu wie beim Erstentscheid (siehe oben).

## saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldó».

## Hörbuch: Mit Lesezeichen stets am richtigen Ort

Von Stephen King über Sven Regener bis zu Martin Suter: das Streamingportal Spotify hat nebst Musik auch viele Hörbücher im Angebot. In der Schweiz benutzen rund 2,2 Millionen Leute Spotify. Knapp die Hälfte hat ein Abo abgeschlossen. Ohne Abo ist das Angebot der Streamingplattform nur eingeschränkt nutzbar: Die Inhalte werden durch Werbung unterbrochen. Und es ist nicht möglich, sie sich ohne Internetanschluss anzuhören.

**Haben Sie jetzt Kapitel 12 schon gelesen oder nicht? Keine Ahnung mehr ...**

**HAKEN.** Doch das Abspielen von Hörbüchern bei Spotify hat einen grossen Haken: Die App merkt sich die zuletzt gehörte Position nicht. Wer zwischendurch zu einem anderen Inhalt wechselt und dann zum ursprünglichen Buch zurückkehrt, muss zuerst das zuletzt gehörte Kapitel wählen und danach die exakte Position suchen, um die Geschichte weiterverfolgen zu können.

Zwei praktische Apps versperren die Abhilfe: «Early» (Apple) und «Lyssna» (Android). Sie sind beide kostenlos und setzen eine Datenverbindung über WLAN oder Mobilfunk sowie ein Spotify-Abo voraus. Sie haben eine Suchfunktion und greifen auf die Spotify-App zu, die auf dem Smartphone installiert sein muss. Die gewünschten Hörbücher kann man einfach in einer Bibliothek ablegen. Danach startet und stoppt man die Hörbücher mit einem Tastendruck. Auch das Anwählen von Buchkapiteln und das Spulen sind möglich. Nach einem Unterbruch wählt man einfach das gewünschte Hörbuch wieder und startet die Wiedergabe von der zuletzt gehörten Position. MARKUS FEHLMANN



**PRAKTISCHE APP:** Beim Hörbuchkonsum über Spotify helfen die digitalen Buchzeilen, sich auch in «dicken Schinken» schnell wieder zurechtzufinden. FOTO: ADOBE STOCK

## Altersvorsorge II: Kann ich die PK-Beiträge überprüfen?

**Ich (30) habe im letzten Jahr bei einem Logistikunternehmen als Fahrer gearbeitet. Insgesamt habe ich dort ungefähr 25 000 Franken verdient. Auf den Lohnabrechnungen sehe ich, dass Abzüge gemacht werden für AHV, IV, EO und auch für eine Unfallversicherung. Seitdem finde ich aber, dass ich keine Abzüge für die Pensionskasse sehe. Ich habe auch nie einen Vorsorgeausweis erhalten. Leider will mir das Unternehmen keine Auskunft mehr geben. Kann ich dies selber überprüfen?**

**REGULA DICK:** Ja. Ab dem 25. Lebensjahr muss Ihr Arbeitgeber Sie obligatorisch versichern, sobald Ihr Einkommen mehr als die sogenannte BVG-Eintrittsschwelle beträgt (2020 waren das 21 330 Franken). Die Pensionskassen verschicken je weils zu Beginn des Jahres den Vorsorgeausweis. Auf diesem sehen Sie, bei welcher Pensionskasse Sie versichert sind und welche Beiträge für Sie einbezahlt wurden. Da Sie diesen Ausweis nicht erhalten haben und auf den Lohnabrechnungen keine PK-Beiträge stehen, hat Sie Ihr Arbeitgeber wohl bei keiner Pensionskasse versichert oder hat sich gar keiner Pensionskasse angeschlossen. Die AHV-Ausgleichskassen sind dafür zuständig, dies zu prüfen. Wenden Sie sich an die AHV-Ausgleichskasse Ihres ehemaligen Arbeitgebers und erkundigen Sie sich nach der Pensionskasse des Unternehmens, oder wenden Sie sich an die kantonale AHV-Ausgleichskasse (siehe oben). Falls Ihr Arbeitgeber sich keiner Pensionskasse angeschlossen hat, wird die Ausgleichskasse einen Zwangsanschluss bei der Stiftung Auffangeinrichtung BVG veranlassen. Falls Ihr Arbeitgeber zwar eine PK hat, jedoch weder Sie noch Ihren Lohn gemeldet hat, informieren Sie die PK über das Arbeitsverhältnis.



**PRIVATSACHEN:** Während der Arbeit Schuhe shoppen und den Partner-Chat am Laufen halten? Manche Firmen verbieten das ganz oder stellen strenge Regeln auf. FOTO: ADOBE STOCK

## Telefonieren, Chatten, Posten und Surfen während der Arbeit – was ist erlaubt? «Hey, Chäfer, ich danke grad a dich 🥰»

**Mit unserem Handy sind wir Leute von heute ganztags sozusagen organisch verbunden. Aber was gilt für den privaten Gebrauch in der Firma?**

MARTIN JAKOB

Ganz schön eintönig, die Büz heute. Doch dann: Bling – ein neuer Facebook-Post ist da. Klingelingeling – Susi ruft aus den Ferien in Australien an. Und wieder Bling – eine Whatsapp-Nachricht vom Schatz. Es läuft also doch noch was heute morgen. Was tun Sie? Senden Sie sofort ein «Gefällt mir», nehmen Sie den Anruf entgegen, lesen Sie den Chat und schreiben gleich zurück?

Die Versuchung ist gross, die Rechtslage aber im Prinzip klar: Bezahlte Arbeitszeit ist in

den Dienst der Firma zu stellen. Die Erledigung von Privatem – und dazu zählt auch die Pflege von nicht geschäftlichen Beziehungen oder von Hobbies – muss entweder warten bis zur Pause oder in der Freizeit stattfinden. So weit das Grundsätzliche. Fragen gibt's trotzdem.

### TOTALES HANDYVERBOT – ERLAUBT?

Ein Betrieb darf festlegen, dass für alle Mitarbeitenden während der Arbeitszeit privates Telefonieren und Surfen generell verboten ist, sei dies nun mit Handy, Computer oder übers Festnetztelefon. Allerdings gilt stets die Einschränkung, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter private Angelegenheiten auch während der Arbeitszeit erledigen dürfen, wenn diese

dringend und nicht aufschiebbar sind. Aus dem gleichen Grund muss festgestellt sein, dass Sie in privaten Notfällen jederzeit erreichbar sind. Und in keinem Fall darf die Firma Ihnen verbieten, Ihre Pausen fürs Telefonieren, Surfen oder Checken von Mails zu verwenden.

### ZEITLIMITE FÜR PRIVATES – ZUMUTBAR?

Statt die private Handynutzung (oder private Kommunikation überhaupt) ganz zu verbieten, setzen manche Firmen auch Zeitlimiten, etwa von 10 oder 15 Minuten täglich. Das ist zulässig und bedeutet gegenüber dem strikten Verbot ein Entgegenkommen, ist also zumutbar. Wird jemand dabei ertappt, regelmässig weit über die gesetzte Limite hinaus privat am

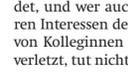
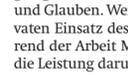
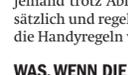
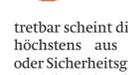
Draht zu hängen, darf die Firma dieser Person gegenüber als Sanktion ein individuelles Verbot aussprechen.

### HANDY EINZIEHEN – GEHT DAS?

Das Handy einzuziehen und während der Arbeitszeit wegzuschleppen ist die rabiate Variante des Handyverbots. Es kommt einem Eingriff ins Eigentumsrecht gleich und ist unverhältnismässig. Eine ge-

### Totalverbote sind möglich, haben aber klare Grenzen.

richtliche Würdigung dieser Praxis, die vor allem gegenüber Lernenden angewandt wird, liegt aber noch nicht vor. Ver-



### PRIVATHANDY FÜR FIRMENZWECKE HEIKLE KOMBI

Erwartet die Firma, dass Sie Ihr privates Handy auch fürs geschäftliche Telefonieren und Mailen einsetzen? Diese Vermischung – man nennt sie «Bring your own device» (Bring dein eigenes Gerät mit) – ist heikel. Grundsätzlich hat die Firma Ihnen alle Arbeitsgeräte, die Sie zur Ausübung Ihrer Tätigkeit benötigen, zur Verfügung zu stellen. Verwenden Sie Ihr privates Handy geschäftlich, müssen die Entscheidung und die Frage des Datenschutzes (zum Beispiel bei Geräteverlust) geregelt sein!

### WAS, WENN DIE FIRMA KEINE REGELN VORGIBT?

Erwartet die gesunde Menschenverstand oder, juristisch gesagt, der Grundsatz von Treu und Glauben. Wer mit dem privaten Einsatz des Handys während der Arbeit Mass hält, und die Leistung darunter nicht leidet, und wer auch keine anderen Interessen der Firma sowie von Kolleginnen und Kollegen verletzt, tut nichts Unrechtes.

## Weniger Willkür bei privaten Versicherungen 14 Tage Bedenkzeit

**Das neue Versicherungsgesetz bringt Verbesserungen im Konsumentenschutz.**

Geschlagene 17 Jahre hat die Revision dieses Gesetzes gedauert, jetzt tritt es per 1. Januar 2022 in Kraft. Obwohl das Powerplay der Versicherungslobby in einigen Punkten immer noch spürbar ist, geniessen Konsumentinnen und Konsumenten insgesamt einen besseren Schutz vor Knebelverträgen und Versicherungswillkür im Schadenfall. Das sind die wichtigsten Änderungen:

**WIDERRUFSRECHT.** Wer einen privaten Versicherungsvertrag abschliesst, kann ihn nun innerhalb von 14 Tagen rückgängig machen.

**KÜNDIGUNGSRECHT.** Versicherte haben neu ein ordentliches Kündigungsrecht und können aus Verträgen mit langen Laufzeiten schon nach drei Jahren aussteigen.

**RECHT AUF REDUKTION.** Vermindert sich das versicherte Risiko erheblich, können Versicherte eine Prämienreduktion oder die Auflösung des Vertrags verlangen.

**LÄNGERE VERJÄHRUNGSZEIT.** Versicherungsansprüche verjähren erst fünf Jahre nach dem Schadenfall (bisher zwei Jahre). Wichtig bleibt: Unterschreiben Sie keinen Vertrag, bevor Sie die Kosten gegen die versprochenen Leistungen abgewogen und das Kleingedruckte studiert haben! (jk)



**WORKLESERFOTO**



**Bähnler-Liebe**

WANN 23. Oktober 2021  
 WO Burgdorf  
 WAS Niedriger Wasserstand der Emme  
 Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf BE

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «Leserfoto»**

**workquiz**



**Wie gut sind Sie?**

- 1. SGB-Frauenkongress I: Wo fand der 14. Frauenkongress des Gewerkschaftsbundes statt?**  
 a) auf dem Gurten?  
 b) auf dem Schilthorn?  
 c) auf der Kleinen Scheidegg?  
 d) auf dem Niesen?
- 2. Frauenkongress II: Wann ergriff in der Metallgewerkschaft Smuv erstmals eine Frau an einem Kongress das Wort?**  
 a) 1920?  
 b) 1930?  
 c) 1950?  
 d) 1970?
- 3. Frauenkongress III: Was trugen in den 1950er Jahren alle VHTL-Funktionäre im Zentralsekretariat?**  
 a) eine Brille auf der Nase?  
 b) einen Schnauz im Gesicht?  
 c) einen Stumpfen im Mund?  
 d) eine Glatze auf dem Kopf?
- 4. Frauenkongress IV: Was hat der 14. SGB-Frauenkongress für 2023 beschlossen?**  
 a) einen Gebärstreik?  
 b) einen Generalstreik?  
 c) einen feministischen Streik?  
 d) einen Bummelstreik?



Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1a; 2d; 3c; 4d

**WORKPOST**



**WORK 18 / 5.11.2021: RECHTE MEHRHEIT WILL RENTEN UM 12 PROZENT SENKEN**

**Kein Interesse an Menschen**

Es ist fast so, als hätten Rechte generell kein Interesse an Menschen.

VALENTINO WUNDERLICH, VIA FACEBOOK

**Fette Reserven**

Steht es um die Pensionskassen wirklich so dramatisch schlecht? Das pure Gegenteil ist wahr! Der repräsentative Pensionskassenindex der UBS weist einen jährlichen Durchschnittsgewinn auf den Alterssparguthaben von 5 Prozent in jedem Jahr (!) seit Messbeginn 2006 aus! Seit Jahresbeginn bis Ende Oktober im laufenden Jahr haben die Pensionskassen schon wieder 6,7 Prozent vorwärtsgemacht! Die Pensionskassen sitzen auf fetten Reserven von rund 200 Milliarden Franken! Und was schlägt die von Versicherungs-Lobbyisten dominierte BVG-Kommission dem Bundesrat vor? Er soll die Mindestverzinsung auf den Alterssparguthaben auf mickrigen 1 Prozent belassen. Die Gewerkschaften müssten hörbar für eine massive Erhöhung der Verzinsung der Alterssparguthaben eintreten, statt den Untergang der Pensionskassen zu beschwören. Die Alterssparguthaben in den Pensionskassen sind ein zu wichtiger Lohnbestandteil, als dass sie vernachlässigt werden können.

Die Gewerkschaften müssten endlich der OBERAUFSICHTSKOMMISSION der beruflichen Vorsorge scharf entgegentreten, welche die Pensionskassen dazu zwingt, die Renten immer noch weiter zu kürzen.

CHRISTOPH LIPS, ZÜRICH

**WORK 18 / 5.11.2021: COVID-GESETZ: NEINSAGEN HEISST WENIGER GELD FÜR LOHNABHÄNGIGE UND KMU**

**Konstruktive Lösungen**

Meine politische Gesinnung ist ultralinks. Solidarität und Eigenverantwortung stehen für mich im Zentrum. Mit der SVP hatte ich noch nie etwas am Hut. Google, Facebook & Co. meide ich seit zehn Jahren. Aber ich finde, Begriffe wie Corona-Skeptiker sind polemisch. Ich zweifle nicht, dass es Corona gibt. Aber ich bin es gewohnt, selber zu denken und offene Diskussionen zu führen. Das ist seit zwei Jahren nicht mehr möglich. Ich hoffe, wir können bald wieder konstruktive Lösungen für unsere Probleme finden. Nicht nur saisonale Grippewellen werden durch ein starkes Gesundheitssystem (wie in den skandinavischen Ländern) besser abgefangen. Verantwortung für die eigene Gesundheit übernehmen, gesunde Ernährung, viel Bewegung an der frischen Luft, wenig Stress. All dies nützt viel!

RAMON HOFER, PER MAIL

**WORK 14 / 3.9.2021: REALITÄT WIDERLEGT SVP-PROPAGANDA**

**Hand in Hand**

Stadt und Land gehen Hand in Hand! Klar fließt Geld über Subventionen von der Stadt aufs Land. Aber andererseits bekommen wir dafür auch die Nahrungsmittel weit unter dem Gestehungspreis. Geld kann man nicht essen, ohne das Land würden die Städte verhungern. Aber andererseits hätte die Landbevölkerung ohne die Städte kein Geld, keine Infrastruktur und keine Maschinen. Wir gehören zusammen, nur gemeinsam sind wir stark! Zumal es diesen Graben in der kleinen Schweiz gar nicht wirklich gibt. Jeder hat Freunde und Verwandte sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Viele wechseln auch, ziehen für die Ausbildung oder die Arbeit vom Land in die Stadt, andere

ziehen von der Stadt aufs Land, weil man dort günstiger und schöner wohnt. Viele pendeln auch, wohnen am einen Ort und arbeiten am anderen.

STEFAN HEIMER, VIA WORKZEITUNG.CH

**WORK 16 / 1.10.2021: VERSTÖRENDE BERICHT AUS DER KLASSEGESELLSCHAFT**

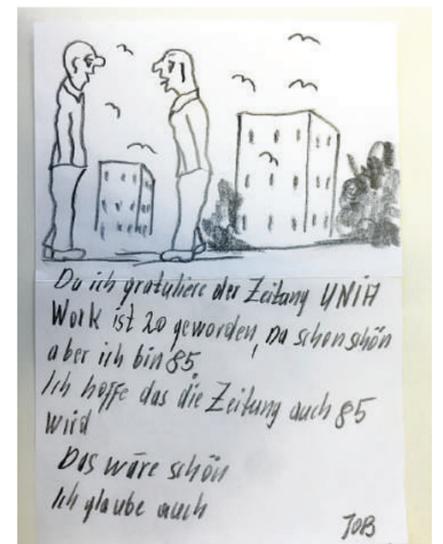
**In der Schweiz gibt es Armut**

Alle, die gut verdienen und am Hebel der Macht sitzen, müssten daran denken, dass es auch in der Schweiz Armut und Prekarität gibt.

CHRISTIANE VLAICULESCU-GRAF, VIA FACEBOOK

**JUBILÄUM 20 JAHRE WORK**

**Hoffentlich wird auch work 85**



JOSEF BENCZE-WYSS, ALS BRIEF

**WORK 18 / 5.11.2021: EIN STUNDENLOHN VON 14 FRANKEN 45!**

**Geiz ist geil**

Und trotzdem kaufen die Leute weiterhin Evian-Wasser aus Frankreich, das auch Nestlé gehört. Geiz ist geil!

SVEN BLASER, VIA FACEBOOK

**Goldene Nase**

Mutig, dass sich Marinela traut, öffentlich über ihren himmeltraurigen Lohn zu sprechen. Wir Lohnabhängige sollten uns einfach nicht alles bieten lassen, schon gar nicht von milliarden-schweren Multis wie Nestlé, die sich mit unseren Hungerlöhnen obendrauf noch eine goldene Nase verdienen.

VIKTOR HUBER, LUZERN

**MANUELA PEDUZZI**

**JUNGS PAROLI BIETEN**

Als Mädchen spielte Manuela Peduzzi Eishockey und musste oft mit dem Vater wandern gehen. «Ich habe es gehasst. Aber es hat mich zäh gemacht.» Sie ist im Misox GR aufgewachsen. Dort habe ihr die «patriarchale Mentalität» nicht gepasst, sagt sie. Mit 15 gab's deshalb öfter mal eine Schlägerei mit den Jungs: «Die wollten die Mädchen behandeln wie ihr Eigentum. Das habe ich nicht akzeptiert.» Nach einer Verkaufslehre arbeitete sie in einer Migros-Filiale. Der Chef wies sie an, bei Bedarf den Ladendetektiven zu helfen. Was sie auch tat: «Einmal versuchte ein Dieb abzuhauen, der Detektiv und ich hinterher. Ich habe ihn geschnappt.» Später, beim Rapport, sagte ihr ein Polizist, sie solle sich doch bei einem Sicherheitsdienst bewerben.

**SCHOCK.** Anfangs hätten dort nur Muskelmänner gearbeitet. «Und da kam ich, die kleine Blonde. Einer war ganz schockiert und fragte den Chef: Was macht die da?» Aber Peduzzi blieb ganz cool und gab zurück: «Genau das gleiche wie du.» In der Freizeit macht sie Kung-Fu, fährt Ski. Zusammen mit Kollegen kauft und repariert sie alte Autos. Sie hat eine erwachsene Tochter und lebt in Verdabbio GR – zusammen mit ihrer 70jährigen Mutter, einem Pinscher, einer Wasserschildekröte und einem Wellensittich.



**PEDUZZI SORGT FÜR SICHERHEIT:** Mit Taschenlampe, Pfefferspray, Kampfsport und ihrem Security-Ausweis bewaffnet.

**Manuela Peduzzi (51) erklärt, warum ein Randalierer sie umarmte**  
**«Kampfsport musst du schon können»**

**Bei Schlägereien dazwischengehen: Das ist ihr Beruf. Trotzdem liebt Security-Frau Manuela Peduzzi ihre Arbeit.**

CHRISTIAN EGG | FOTOS DIDIER RUEF

Zu Handgreiflichkeiten komme es meist so um zwei, drei Uhr morgens, sagt Manuela Peduzzi. Kurz bevor die Disco schliesse. Und meist seien es Gruppen, die aufeinander losgingen. «Zum Beispiel zwei gegen fünf. Dann ist es nur ein kleines Problem», so die erfahrene Sicherheitsfachfrau. Gefährlich werde es, wenn zwanzig, dreissig oder mehr Leute involviert seien.

Aber auch dann: Sie muss rein und die Streithähne trennen. Das ist ihr Job. Wie sie das macht? «Ich sehe meist, wer die Anführer sind auf beiden Seiten. Dann packe

ich den einen und nehme ihn zur Seite. Dem anderen befehle ich, aufzuhören. So gewinne ich Zeit, bis meine Kollegen da sind. Oder bis die Polizei kommt.»

In solchen Momenten komme es auf die richtige Technik an: «Kampfsport musst du können, sonst kommst du nicht lebend aus der Situation raus.» Als einziges Hilfsmittel hat sie einen Pfefferspray dabei. Schon mehrmals sei sie kurz davor gewesen, ihn einzusetzen. «Aber zum Glück habe ich ihn in all den Jahren noch nie gebraucht.»

**EIN MENSCH.** Hart zupacken: Das ist die eine Seite des Berufs, sagt die Frau mit den goldenen Ohrringen und den diskreten Tattoos. Die andere Seite: mentale Stärke. «Im Einsatz bin ich voll konzentriert. Ich

habe nicht zwei Augen offen, sondern zehn.» Zudem brauche es ein gutes Urteilsvermögen. «Ich muss blitzschnell entscheiden: Wann setze ich Kraft ein, wann das richtige Wort.» Egal, ob sie vor einem Restaurant oder Pub stehe, am Hockey- oder Fussballmatch für Sicherheit Sorge oder den Verkehr regle. Und über all dem steht ihr Credo: positive Energie. Sie achte darauf, dass sie nicht aggressiv oder einschüchternd wirke, sagt Peduzzi. «Auf eine Gruppe Junge gehe ich freundlich zu und frage: «Hey, wie geht's?» – Und schon sehen sie mich als Menschen.»

Das zahle sich später aus, sagt sie. So wie letzten Samstag: Schlägerei vor der Disco, Peduzzi packt einen der Streithähne, zieht ihn ins Gebäude, Türe zu. «Der hat getobt und mich angeschrien, ich

solle ihn sofort wieder rauslassen.» Hat sie natürlich nicht. Sondern erst, als er sich beruhigt hatte. «Am Schluss kam der Typ zu mir, umarmte mich und sagte: «Hey, sorry!»» Ja, sagt die 51jährige und schmunzelt, manchmal sei sie ein bisschen die Mutter dieser jungen Menschen.

**MIESER LOHN.** Der Kontakt mit vielen verschiedenen Leuten – deswegen liebt sie ihren Beruf. «Und wenn ich dazu beitragen kann, dass ein Fest gut über die Bühne geht und alle Freude haben – dann bereichert mich das.» Allerdings nur emotional. Die Löhne seien in der Branche einfach nur «enttäuschend», sagt das Unia-Mitglied. Zwischen 23 und 24 Franken erhält sie pro Stunde von ihren Arbeitgebern, zwei Tessiner Security-Firmen. «Wenigstens schauen die einigermaßen, dass die Leute regelmässig arbeiten können.» Frühere Arbeitgeber hätten ihr immer wieder 900 Arbeitsstunden pro Jahr versprochen, was einem Pensum von nicht ganz 50 Prozent entspricht. «Aber in Wirklichkeit bin ich nie auf einen rechten Lohn gekommen. Schlimmer noch: Manchmal habe ich den Lohn für einen Einsatz gar nie bekommen.»

Obwohl sie nun schon mehr als zehn Jahre in der Branche arbeitet, ist sie immer noch im Stundenlohn angestellt. Leider sei das im Tessin der Normalfall, sagt sie. Fast niemand bekomme einen Vertrag mit einem fixen Pensum. Das müsse sich ändern, wenn die Branche den Jungen eine Perspektive bieten wolle, sagt Peduzzi: «Ohne gesichertes Einkommen hast du keine Chance auf eine Hypothek oder auf einen Leasingvertrag für ein Auto.»

**UND DANN CORONA.** Vor Corona kam sie meist auf 2500 bis 3000 Franken Lohn pro Monat. Doch plötzlich waren alle Discos geschlossen, alle Feste und Veranstaltungen abgesagt. «Es gab Monate, da habe ich nur 200 Franken verdient. Ich musste Sozialhilfe in Anspruch nehmen.» Erst seit Juni dieses Jahres gehe es wieder aufwärts. Aber langsam: «Im Oktober bin ich auf 1800 Franken gekommen, wenigstens!»

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**  
 Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
 Strasse \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch (Digitalredaktion); Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch **Mitarbeiter an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Dore Heim, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.